Nr. 289 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 17. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 12. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion Nr. 2004

Ein bedrohlicher Erfolg

Warschau, 15. Dezember.

Nicht immer schwächt räumliche Entfernung die Bedeutung und Tragweite politischer Ereignisse ab. Als der Journalist sich vor weniger als Monatsfrist auf einer sich kurz gegönnten Reise in Deutschland befand und, einer der höchsten Genüsse für Leute seines Berufes, vier Tage lang keine Zeitung anblickte, überraschten ihn am fünften Tage ungemein alarmierende Nachrichten aus Genf, Warschau und Kowno über bevorstehende Kriegsmöglichkeiten und die Kommentare, welche die, zum Teil außenpolitisch hervorragend informierten Redaktionen von sich aus zugaben, waren nur geeignet, die Beunruhigung des fern von seinem Arbeitsgebiet weilenden Journalisten zu vergrößern. Als er dann, zwei Wochen später, noch von der letzten, entscheidenden Ratssitzung nach Polen zurückkehrte, hatte sich die Erregung in der ausländischen Presse noch keineswegs gelegt, und die angekündigte Reise Pilsudskis nach Genf gab Anlaß zu den allermöglichsten Kombinationen, von denen diejenige, Pilsudski wolle die Ratsmitglieder durch persönliches Auftreten ebenso einschüchtern und sich gefügig machen, wie er es oftmals mit dem polnischen Parlament zu tun versuchte, noch die harmloseste war.

Inzwischen ist Pilsudski selbst nach Warschau im Triumphzug heimgekehrt und wenn die Schlacht, die er geschlagen, auch nicht unblutig gewesen war (doch wird er sich nur mit Unlust den Zivilanzug angezogen haben!), so konnte er sich vor dem zahlreich auf dem Bahnhof zu seiner Begrüßung erschienenen Publikum als Sieger fühlen und mit der ihm gewohnten sarkastischen Miene die Huldigungen entgegennehmen. Er wußte, daß seine Genfer Visite ihm auch einen innerpolitischen Triumph in die Hand gegeben hat — schon als unbotmäßige Sextaner hat man uns zu erklären versucht, das ein Volk seinen „Herrscher im Sieger-Kranz“ lieber hat, als bei jeder anderen Gelegenheit — und als Sieger hat die polnische Regierungspresse Pilsudski aus der Genfer Schlacht hervorgehen lassen. Jene Kriegsgerüchte in der ausländischen Presse, die, wie sich jetzt herausstellt, nicht ohne Mitschuld eines Teils der polnischen Oeffentlichkeit zustande gekommen sind, haben sich als übertrieben erwiesen und man kann froh sein, daß die Gefahr wieder einmal von uns genommen worden ist.

Ist sie das wirklich? Ist der Sieg Pilsudskis wirklich so entscheidend, daß er die Möglichkeit neuer Konflikte völlig ausschließt? Ein Tag erst ist seit der glorreichen Ankunft Pilsudskis in Warschau verflossen, und schon lassen sich polnische Politiker hören, die gar manches an der noch nicht 8 Tage alten polnisch-litauischen Verständigung bemängeln, und die man, wenn sie auch zur Opposition gehören, deshalb nicht nach dem Muster des „Glos Prawdy“ gleich bestochene Vaterlandsverräter schimpfen darf. Denn ihre Ausführungen entbehren nicht der Logik, wenn sie beispielsweise auf die Gefahr, welche die nach wie vor nicht gelöste Wilnafrage in sich birgt und weiter auf den Umstand hinweisen, daß Polen zwar feierlich die Grenzen Litauens anerkannt hat, Litauen aber immer nur von einer Demarkationslinie spricht. Wie sollte Litauen auch die polnische Besetzung dieser Stadt, zu der das ganze litauische Nationalgefühl und Tradition gravitiert, ohne weiteres zur Kenntnis nehmen. Daran ändert nichts die Tatsache, daß Wilna seiner Bevölkerung nach heute vorwiegend polnisch und die Person des größten polnischen Nationaldichters mit dieser Stadt verbunden ist.

Wie werden sich nun, trotz dieser weiterhin bestehenden ungeheuren Belastung das polnisch-litauische Verhältnis gestalten, wie wird man bei Aufnahme der konsularischen, postalischen, und, was darnach kommen müßte auch der nachbarlichen Beziehungen, um diese Reibungsflächen, deren Entzündbarkeit nur eines kleinen Anstoßes bedarf, um zur lodernden Flamme zu werden, herumkommen können? Und weiter: konnte Litauen dank seiner isolierten Stellung Polen gegenüber bisher eine Selbständigkeit in dieser Richtung hin bewahren, konnte es infolge Fehlens eines Kontrahenten den sowjetrussischen Einflüssen wiederstehen und die Entscheidung hinausschieben, so wird Litauen, dieser kleine, nur auf dem in letzter Zeit so oft vergewaltigten Selbstbestimmungsrecht basierend, nunmehr zur Arena werden, auf der die polnisch-russischen Interessengegensätze an diesem Staat zum offenen Ausbruch kommen werden. Wie bedeutsam dieser Kampf werden kann, wird jeder verstehen, der sich das Interesse anderer, an der Entwicklung dieser Lage im Osten nicht uninteressierter Mächte vor Augen hält.

Freilich wird dort nicht mit mörderischen Waffen gekämpft werden. Es gibt einen weit bequemeren Weg imperialistischer Machtentfaltung, den der „friedlichen“ Durchdringung. Was aus Litauen werden soll, wenn es zum Spielball polnischer und russischer Propaganda wird, ist nicht schwer zu erraten. Berücksichtigt man die eine Entneutralisierung Litauens nur allzusehr befürchtenden Staaten wie Lettland und Estland die sich in diesem Fall zwangsläufig für einen der beiden Gegenspieler im Osten zu entscheiden haben werden, denkt man auch noch an Ostpreußen, dem unter solchen Umständen eine völlige Abgliederung vom „Heimatland“ (möchte man fast schon sagen) droht, so kann die Gefahr, welche die aus all dem ergebenden Differenzen für den Frieden Europas in sich bergen, nicht verkannt werden. Die Friedenspolitiker werden ihr Augenmerk auf den glimmenden Brandherd im Osten in schärferer Weise als bisher zu richten haben. Th. L.

Der Stillegungskonflikt beigelegt

Der Schiedsspruch in der Eisenindustrie — Die Annahme der Entscheidung wahrscheinlich

Düsseldorf. Der Donnerstag gefällte Schiedsspruch für die Eisenindustrie verfällt in zwei Teile, deren erster die Frage der Arbeitszeit in allen Einzelheiten und durchweg bei den einzelnen Werken individuell regelt. Dieser erste Schiedsspruch für die Arbeitszeit ist ein ausführliches Dokument, in dem sich die von dem Reichsarbeitsminister in seinem Brief an die Groß-Eisenindustrie festgelegten Richtlinen hinsichtlich der prinzipiellen Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 und der in dieser Verordnung vorgesehenen Ausnahmemöglichkeiten unter Zuhilfenahme der alten Bundesverordnung über die Beschränkung der Sonntagsruhe auf 12 Stunden verwirklicht finden. Die Ausnahmen sind durchweg im Sinne von befristeten Uebergangsbestimmungen festgelegt. Für die Mehrarbeit und Ueberarbeit gilt die am 11. Mai und 23. Juni 1927 getroffene Regelung. Der Zuschlag erhöht sich jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1928 auf 25 Prozent. Diese Arbeitsregelung gilt vom 1. Januar 1928 bis zum 1. Dezember 1928 und ist von da ab erstmals mit einmonatiger Frist zum Monatsschluß kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 19. 12.

Der zweite Schiedsspruch regelt die Lohnfrage als solche. Die Grundzüge sind folgende: Es wird eine Lohnerhöhung um 2 Prozent festgesetzt. Ferner ein Lohnausgleich für Stundenlöhne um 50 Prozent, ein Lohnausgleich für Akkord- und Prämiearbeiten um 60 Prozent. Die Dauer des Lohnabkommen ist bis 1. Oktober 1928 festgesetzt. Von da ab ist das Abkommen mit einmonatiger Frist jeweils zum Monatsabschluß kündbar.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 19. Dezember. An der dreiteiligen Schicht in der Eisenindustrie ab 1. Januar 1928 wird festgehalten.

Der Inhalt des Schiedsspruchs

Düsseldorf. Aus den Schiedssprüchen in der Eisenindustrie seien noch folgende Einzelheiten wiedergegeben: Der erste Schiedsspruch behandelt die Arbeitszeit. In den Thomas-Stahlwerken und den ausschließlich oder zum erheblichen Teil von ihnen gespeisten Walzenstraßen, soweit sie die Thomasererzeugnisse in einer Hitze weiterverarbeiten, richtet sich die Arbeitszeit ab 1. Januar 1928 nach der Verordnung vom 16. Juli 1927. Bezüglich der Sonntagsarbeit ist zwischen dem Arbeitgeberverband und dem christlichen Metallarbeiterverband eine Vereinbarung getroffen worden, der zufolge die erste Charge Sonntag durchweg um 19 Uhr beginnt. Als ordentliche Schicht gilt die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für die Arbeit von 19 bis 22 Uhr wird ein Zuschlag von 75 Prozent stündlich gezahlt. Beide Parteien halten trotz dieser bis zum 1. Dezember 1928 gültigen Vereinbarung ihre verschiedenen Rechtsstandpunkte bezüglich der Sonntagsarbeit aufrecht. Die Hammer- und Preßwerke sowie die kalteinsetzenden Walzstraßen verfahren ab 1. Januar 1928 in zwei Schichten. Besonders ist die Frage der Pausen geregelt. Wenn wirtschaftlich erforderlich, können die Werke wochentäglich eine Stunde Mehrarbeit je Schicht verfahren lassen, Sonntags jedoch soll die Arbeit mindestens um 6 Uhr aufhören. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 Prozent stündlich zu zahlen. Die Martin-, Elektro- und Ziegelstahlwerke einschl. ihrer Walzbetriebe arbeiten ab 1. Februar 1928 nach der Verordnung vom 16. Juli 1927, soweit keine Einzelausnahmen bewilligt werden. Für die anderen erzeugenden Industrien besteht die zur Zeit geltende Arbeitsdauer auf den bisherigen Vereinbarungen und Schiedssprüchen. Soweit sie durch die neue Arbeitszeitverordnung nicht geändert wird, bleibt sie auch weiter bestehen. Für die Gas- und Blaszentralen in Verbindung mit Hochöfen und Martinwerken haben die Parteien vereinbart, daß ab 1. Januar 1928 wöchentlich 57 Stunden (Sonntags 5 Stunden) ab 1. April 1928 in drei Schichten (Sonntags acht Stunden) gearbeitet wird. Diese Vereinbarung gilt unkündbar bis zum 1. Dezember 1928. Der deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerkverein H. D. haben sich den evtl. Rücktritt von dieser Vereinbarung bis zur Erklärungsfrist vorbehalten. Hinsichtlich der Klarstellung der Begriffe „Erzeugende und Weiterverarbeitende Industrie“ ist vereinbart worden, daß diese Frage von einer gemischten Kommission im Notfall aber durch ein Schlichtungsverfahren geregelt werden soll.

Der zweite Schiedsspruch behandelt die Lohnfrage. Der Stundenlohn (Tariflohn) beträgt für den 21jährigen Facharbeiter 88 Pfg. Für den 21jährigen Hilfsarbeiter 60 Pfg. Die Akkord- und Lehrlingslöhne sind gemäß der Vereinbarung vom 10. Dezember 1927 in dafür eingesetzten Kommissionen zu regeln. Die anderen Bestimmungen des Schiedsspruches vom 18. Februar 1927 bleiben bestehen. Die Errechnungsweise für den Lohnausgleich wird von der Akkordkommission festgelegt. Es gelten dafür die Bestimmungen des Abkommens vom 10. Dezember 1927.

Mussolini und Poincaré für Verständigung

Die italienisch-französischen Beziehungen

Rom. Im Ministerrat kam Mussolini auf die italienisch-französischen Beziehungen zu sprechen und erklärte, er glaube, daß eine herzliche auf breiter Basis aufgebaute dauerhafte Entente zwischen Italien und Frankreich, nützlich und notwendig sei. Zur Herstellung der friedlichen Beziehungen sei nötig, daß bestimmte Punkte, die Reibungen zwischen beiden Ländern hervorrufen konnten, ausgeschaltet würden. Zwei Tatsachen erlaubten ihm, an eine Klärung der Bestimmungen zu glauben. Nämlich die freundschaftliche Rede Briands und die Unterzeichnung des modus vivendi in der Niederlassungsfrage. Die diplomatischen Vertreter würden in der nächsten Zeit die delikaten Punkte der Beziehungen spüren.

Nach diesen notwendigen Vorarbeiten würde ein Zusammenkommen der verantwortlichen Minister die logische Folge sein, die im Zeitraum einer kurzen Unterredung eine Uebereinstimmung nicht überhaftet suchen, sondern sie feierlichst bestätigen sollten.

Poincaré für die Annäherung an Italien

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Wendung in den französisch-italienischen Beziehungen auf die persönliche Intervention P. zurückzuführen sei. Nach dem Abschluß des französisch-jugoslavischen Paktes sei man am Quai de Orsay über die italienische Stimmung gegen Frankreich ernstlich besorgt gewesen und habe Sir Chamberlain um seine Intervention in Rom gebeten. Der britische Außenminister habe aber die Uebernahme einer solchen heiklen Aufgabe abgelehnt. Nach dieser Ablehnung habe Poincaree sich der Angelegenheit selbst angenommen und durch ein entschiedenes Abrücken der von der französischen Linken an Mussolini und dem faschistischen Regime geübten Kritik den Boden für eine Verbesserung der Beziehungen vorbereitet. Poincaree habe hinzugefügt, daß die Gefühlsausbrüche der Radikalen und Sozialisten gegen Mussolini bekämpft werden müßte, da sie auf lange Sicht nur zu einem Zusammenschluß zwischen Italien und Deutschland gegen Frankreich führen müßten. Briands Rede in der Kammer mit der angedeuteten Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen ihm und Mussolini sei dann die selbstverständliche Konsequenz der systematischen französischen Arbeit und die Verbesserung der Beziehungen zu Rom gewesen.

Litwinow über die Genfer Abrüstungskonferenz

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, erstattete Litwinow ganz unerwartet auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei einen Bericht über die Haltung seiner Delegation in Genf. Dabei sparte Litwinow nicht mit bissigen Ausfällen gegen die Nutzlosigkeit der Abrüstungskonferenz. Litwinow erklärte, Paul Boncour habe ihm die Unmöglichkeit der russischen Entwaffnungsvorschläge damit begründet, daß die russischen Vorschläge den status quo zwischen Besiegten und Siegern stören müßten. Eine Abrüstung könne nur im Rahmen der Friedensverträge stattfinden. Litwinow betonte, daß die Sowjetunion eine solche Abrüstung niemals mitmachen werde. Ueber die Haltung der deutschen Delegation äußerte Litwinow, daß die Deutschen die beste Absicht gehabt hätten, die russischen Vorschläge zu unterstützen. Die übrigen Konferenzteilnehmer hätten sie aber zum Nachgeben gezwungen. Dennoch sei zwischen der russischen und der deutschen Delegation viel Gemeinsames geblieben. Zum Schluß seiner Rede wandte sich Litwinow noch gegen den falschen Stalin-Artikel

Die „dritte" russische Konzessionsetappe

Nachdem der inzwischen aus dem Leben geschiedene Joffe, früherer Vorsitzende des sowjetrussischen Konzessionskomitees, vor Jahresfrist eine großzügigere Konzessionspolitik angekündigt hatte, war seither nur wenig über den neuen Charakter der Konzessionspolitik zu erfahren. Erst in der letzten Zeit geht die Moskauer Presse näher auf die künftige Konzessionspolitik ein, nachdem die Sowjetliteratur im Ausland schon die Ausdehnung der Konzessionspolitik vom Handel über den Bergbau auch auf die Staatsindustrie und die staatlichen Verkehrswege angekündigt hat. Jetzt kommt die „Ekon. Shisn" auf die Konzessionspolitik zu sprechen und teilt sie in **drei** Etappen ein. Die erste Etappe bezog sich hauptsächlich auf den Handel und dauerte bis 1922. Sodann begann die zweite Etappe, die das Vergeben von hauptsächlich Bergbaukonzessionen brachte und jetzt durch die dritte Etappe abgelöst werden soll.

Zu dieser Etappe führt das Blatt aus: Es ist allerdings zu vermerken, daß in der Heranziehung von Auslandskapital bis in die jüngste Zeit eine planmäßige Grundlage fehlte. Die Arbeit unserer Konzessionsämter beschränkte sich nur auf die Prüfung der von Auslandsfirmen eingelaufenen Vorschläge. Heute können wir diese Etappe als abgeschlossen ansehen und eine neue beginnen. Der Abschluß der Wiederaufbauperiode und der Beginn der Periode der Rekonstruktion stellt unsere Konzessionspolitik vor neue Aufgaben. Die vorhandenen Unternehmungen sind gänzlich in Betrieb und das Objekt neuer Konzessionen kann nur die Organisation neuer Unternehmungen sein. In dieser Hinsicht dient der fünfjährige Plan zur Entwicklung unserer Wirtschaft als jene führende Grundlage, die den Ausgangspunkt der weiteren Heranziehung des Auslandskapitals bildet. Unsere Aufgabe muß die Heranziehung des Auslandskapitals in allererster Hinsicht zu dem Zweck sein, die Frist zur Organisation neuer Unternehmungen nach dem fünfjährigen Plan in möglichst dichte Reichweite zu bringen. Auf diese Weise besteht die dritte Etappe unserer Konzessionspolitik darin daß wir das Auslandskapital nach einem bestimmten, vorher ausgearbeiteten Plan heranziehen, daß unsere Konzessionspolitik planmäßig und mit Initiative geführt wird. Es ist erforderlich sich zu vergegenwärtigen, daß gegenwärtig die Konzessionsfrage wieder jene politische Bedeutung beansprucht, die Lenin 1920 festlegte, als er sagte: „Die Konzessionsfrage ist eine der größten und bedeutungsvollsten in unserer Wirtschaftspolitik."

Der Artikel des Blattes schließt mit der Feststellung ab, daß die Aufgabe jetzt noch mehr als bisher die „**Ausnutzung des Auslandskapitals zu dem sozialistischen Aufbau**" sei. Wie weit die dritte Etappe mit den Widerständen im Ausland in finanzieller und politischer Hinsicht rechnet, wird nicht angegeben, aber das mit ihnen gerechnet wird, darüber gibt die übrige Sowjetaußenpolitik genügend Auskunft. Die Vergebung von Konzessionen auf der Grundlage des fünfjährigen **Rekonstruktionsplanes** wird zunehmend zu einem gewichtigen Moment der internationalen Politik.

Wahlblock der jüdischen Sozialisten

Die stärkste Partei der jüdischen Sozialisten, der „**Bund**", hat bekanntlich ein Zusammengehen mit dem Minderheitenblock entschieden abgelehnt. Die Partei ist jedoch, wenn sie eine parlamentarische Vertretung erlangen will, auf eine Blockierung angewiesen, da ihre Stimmen im ganzen Lande zerstreut sind. So hat der „Bund" bei den letzten Sejmwahlen über 81 000 Stimmen aufgebracht, jedoch in keinem Wahlkreise ein Mandat errungen. Gegenwärtig wird die Möglichkeit erwogen, einen Wahlblock mit der „Poale Zion Linken" zu bilden, die gleichfalls den Anschluß an den Minderheitenblock ablehnt. Da die Beziehungen zwischen Bund und Poale Zion sehr gespannt sind, stößt ein Block zwischen diesen Parteien auf große Schwierigkeiten. Gegenwärtig wird die Frage eines Zusammengehens in Mitgliederversammlungen beider Parteien erörtert. Obwohl Verhandlungen noch nicht geführt werden, ist ein Wahlblock zwischen Bund und Poale-Zion **nicht** ausgeschlossen. Ein solcher Block würde den jüdischen Sozialisten die Erlangung von Mandaten in **Warschau**, **Lodz**, **Lublin**, **Bialystok** und **Lemberg** ermöglichen.

Günstiger Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin. Der Führer der deutschen Abordnung für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, Dr. **Hermes**, hat seinen Aufenthalt in Berlin u. a. dazu benutzt, mit Mitgliedern des **Handelspolitischen Ausschusses** des Reichstages in Verbindung zu treten. Er verläßt bereits morgen wieder Berlin, um nach Warschau zurückzukehren wo die Verhandlungen **unverzüglich** weiter geführt werden. Ueber die Weihnachtszeit wird mit einer vielleicht **vierzehntägigen** Pause gerechnet. Auf Grund der Besprechungen, die Dr. Hermes in Berlin gehabt hat, gilt es in politischen Kreisen als ausgeschlossen, daß die Verhandlungen bereits im Januar, wie das die polnische Presse bereits ankündigt, beendet sein können. Es hat sich vielmehr schon in den bisherigen Verhandlungen über die **Einzelfragen** eine ganze **Reihe von Schwierigkeiten** ergeben, deren Beseitigung weit mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, als man glaubt. Man glaubt aber auch deshalb in politischen Kreisen nicht an einen sehr schnellen Fortgang der Verhandlungen, weil am 27. und 28. Januar in Warschau die kürzlich in Berlin begonnenen Besprechungen zwischen deutschen und polnischen führenden **Wirtschaftlern** fortgesetzt werden, deren **Ergebnis** wahrscheinlich für die Gestaltung des künftigen Handelsvertrages von **erheblicher Bedeutung** sein dürfte.

Seitens der polnischen Regierung scheinen jetzt einige Maßnahmen bevorzustehen, die die **Grundlagen der Verhandlung** klären würden. So rechnet man damit, daß Beschlüsse über den neuen **polnischen** Zolltarif und das Zollgesetz im allgemeinen herauskommen und daß u. a. Klärung über die wichtige Frage geschaffen wird, ob Polen seine Zollsätze nach dem fiktiven Umrechnungssatz von 80 Pfennigen für einen Zloty berechnen will oder nach dem tatsächlichen Kurs des stabilisierten Zloty. Wie von polnischer amtlicher Seite mitgeteilt worden ist, ist das Inkrafttreten des sogenannten Maximalzolltarifes vom 26. Dezember auf den 1. Februar nächsten Jahres hinausgeschoben worden. Dieser Maximalzolltarif sollte sich bekanntlich gegen die Länder richten, mit denen Polen nicht in handelsvertraglichen Beziehungen steht, also insbesondere **gegen** Deutschland und die Tschechoslowakei. Von Deutschland war die Anwendung des Maximalzolltarifs bereits gelegentlich der Vereinbarungen über die Einfuhr polnischen Holzes nach Deutschland geregelt worden, so daß die jetzige Hinausschiebung wahrscheinlich auf Bemühungen von Prag aus herrühren.

Die Lage an der litauisch-polnischen „Front"

Genf. Das Völkerbundssekretariat veröffentlichte Donnerstag abend die telegraphischen Berichte des englischen und des französischen Militärattachee in **Kowno** und **Warschau** über ihre Untersuchungen an der polnisch-litauischen Grenze. In den Berichten wird ausdrücklich festgestellt, daß an der Front vollständige Ruhe herrsche und daß **keinerlei** Truppen mobilisiert seien. Die Stärke der Grenzwachen auf beiden Seiten hielten sich durchaus in **normalen** Grenzen. Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen bestände nicht.

Drei Russen in Kanton hingerichtet

London. Nach Meldungen aus Schanghai hat sich die Zahl der nach **Niederwerfung** des Kommunistenaufstandes verhafteten Russen auf 13 erhöht. Drei von ihnen wurden bereits erschossen. Die Kommunisten haben während ihrer kurzen Herrschaft 3000 männliche, 2000 weibliche Zivilgefangene und 200 Militärgefangene freigelassen, die später den Kern der kommunistischen Streitkräfte bildete. Die Schanghaier Behörden haben in Tschekiang eine kommunistische Verschwörung aufgedeckt, die in allen Einzelheiten mit der in Kanton übereinstimmt und auf die Ermordung der oberen Klassen abzielt. Man glaubt, daß in allen Provinzen ähnliche Verschwörungen geplant waren. Dem sowjetrussischen Generalkonsul in Schanghai sind die Pässe zugestellt worden, da man annimmt, daß von sowjetrussischer Seite die Verschwörungen angezettelt worden sind. Der russische Generalkonsul hat innerhalb einer Woche das Gebiet der nationalistischen Regierung zu verlassen.

Der neue Schweizer Bundespräsident

Bern. Die Schweizerische Bundesversammlung wählte Donnerstag zum Bundespräsidenten für das Jahr 1928 mit 156 von 175 gültigen abgegebenen Stimmen den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Edmund **Schultheß**, den Leiter des Volkswirtschaftsdepartements. Bundesrat Schultheß wurde 1868 im Kanton Aargau geboren. Er kam 1912 in den Bundesrat und präsidierte diesem bereits im Jahre 1917 und 1921. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates für 1928 wurde gewählt mit 171 von 175 gültigen Stimmen Bundesrat Haab, der Chef des Post- und Eisenbahndepartements. Bundesrat Haab wurde 1865 in Zürich geboren, 1917 trat er von seinem Posten als Generaldirektor der Bundesbahnen zurück und trat in den Bundesrat ein. Er präsidierte diesem bereits im Jahre 1922. Im Jahre 1917 war Bundesrat Haab für einige Zeit als schweizerischer Gesandter in Berlin tätig.

Hearst vor dem Senatsausschuß

Berlin. Wie ein Morgenblatt aus **Washington** berichtet, begann der Senatsausschuß Donnerstag, die mit Spannung erwartete Untersuchung über die angebliche Bestechung von 4 Senatoren durch die mexikanische Regierung. Als erster wurde der Zeitungsverleger **Hearst** vernommen, der erklärte, daß die in der letzten Woche in seinen Blättern erschienenden Dokumente zwei Beamten des mexikanischen Staatsarchivs für 15 000 Dollar abgekauft worden seien. Die Veröffentlichung der Papiere habe er als vaterländische Pflicht angesehen und gewünscht, daß der Kongreß eine gründliche Untersuchung einleite. Die in den Dokumenten genannten Senatoren seien Borah, Lafolette, Norris und Hefflin. Borah sollte von der mexikanischen Regierung eine Million Dollar, Norris und Hefflin je 350 000 Dollar und Lafolette 50 000 Dollar erhalten haben. Diese Mitteilungen lösten bei den Anwesenden großes Gelächter aus. Die genannten Senatoren erklärten die gegen sie erhobenen Verdächtigungen als Schwindel. Das Verhör wird fortgesetzt.

General Herzog warnt England

London. Der südafrikanische Ministerpräsident, General Herzog, warnte in einer Rede in Johannisburg dringend vor allen Versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten Südafrikas einzumischen. Wenn diese Einmischung nicht aufhöre, so könne das britische Imperium eines Tages den größeren Teil Südafrikas verlieren.

Die belgische Kammer gegen die sechsmonatliche Dienstzeit

Brüssel. In der Kammer wurde Donnerstag der **sozialistische** Gesetzentwurf zur Einführung der sechsmonatlichen Dienstzeit mit 74 gegen 67 Stimmen **abgelehnt**.

Die Anklage gegen den Gouverneur von Oklahoma

Neuyork. Auch der **Senat** von Oklahoma stimmte für die **Anklage** gegen den **Staatsgouverneur** und **seine Mitarbeiter**.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von **Sax Rohmer**.

50)

Es bemächtigte sich meiner der Gedanke, daß ich in China sei; und während ich, mit dem Kopf nach unten, hin und her pendelte, sagte ich mir, daß die großen Wesen, die überall vor mir aufstiegen, eine Art riesiger Pilze zu sein schienen. Und es dünkte mich merkwürdig, daß mein Träger sorgfältig vermied, eine der giftig aussehenden Pflanzen zu berühren, als er durch die Reihe kellerartiger Räume schritt. In einem niedrigen Gewölbe ließ er mich dann hart auf den Boden fallen und kehrte um. Wände und Decken ringsum glitzerten in schwach phosphoreszierendem Licht.

„Petrie!" klang über mir eine schwache Stimme. „Bist du es, Petrie?"

„Smith!" sagte ich und suchte mich in sitzende Stellung zu erheben, doch ein Schwächegefühl warf mich wieder um. Abermals vernahm ich Smiths Stimme, konnte aber seine Worte nicht verstehen. Von irgendwoher dröhnte das Hämmern schwerer Schläge.

Der Burmane nahte jetzt mit der Last von Weymouths schwerem Körper. Hinter ihm erschien eine zweite Gestalt, die sofort meine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm.

„Fu-Mandschu!" zischte mein Freund aus der ihn verbergenden Dunkelheit.

Es war tatsächlich niemand anderes als der Chinese, den wir alle hilflos wähnten. Er hatte den Zustand der Opiumbetäubung vorgetäuscht, um mich als Arzt wie auch Karamaneh irrezuführen, die wahrscheinlich weit mehr noch von seinem leidenschaftlichen Laster wußte als ich. Während bereits der Galgen vor ihm aufgerichtet war, hatte er kaltblütig gewartet — die Rolle des Köders gespielt, trotzdem bewaffnete Polizeimacht sein Haus umzingelte.

Eine abgeblendete Laterne in die Höhe haltend, trat Fu-Mandschu hinter dem Braunhäutigen, der Weymouth trug, hervor. Die schwachen Strahlen ließen einen wahren Wald gigantischer Pilze — von abstoßender Farbe und abscheulich aufgeschwollen — erkennen, die vom Boden herauf an den glitschigen Wänden emporwucherten und sich als riesige Parasiten an der gewölbten Decke festklammerten. Der Chinese wählte seinen Weg so vorsichtig als hätten die häßlich gedunsenen Pflanzenwesen giftgeschwellte Schlangenköpfe.

Die Hammerschläge, die ich bereits vorher vernommen hatte und die keinen Augenblick aufhörten, gingen nun in heftiges Krachen und Splittern über. Dr. Fu-Mandschu und sein Gehilfe, der den anscheinend bewußtlosen Beamten trug, hatten eben das Gewölbe erreicht, und der Doktor lugte hinter sich in den Korridor. Die Laterne blies er aus oder verbarg sie. Und während ich wartete und mich all der früheren Drohungen dieses perversen Ungeheuers entsann, vernahm ich in der Ferne rufende Stimmen.

Plötzlich verstummten sie. Fu-Mandschu hatte eine schwere Tür zugeschlagen. Zu meinem Erstaunen bemerkte ich, daß sie zum größten Teil aus Glas bestand. Aus dem verworrenen Stimmenlärm, der nun durch die gläserne Tür abgedämpft war, hatte ich entnehmen können, daß die Polizei in einen verbarrikadierten Teil des Hauses eindrang — daß also Rettung nahe schien.

Dies vermochte jedoch die unerschütterliche Ruhe Fu-Mandschus in keiner Weise zu beeinträchtigen. Seine Stimme verriet keinerlei inneren Aufruhr.

„Ich bin zu der Auffassung gekommen," sagte er, „daß Sie mein Interesse in weit höherem Maße verdienen, als ich bisher vermuten konnte. Ein Gelehrter, der das Geheimnis des goldenen Elixiers löste, würde eine wertvolle Bereicherung meines Mitarbeiterstabes darstellen. Auch ist es meine Pflicht, die Pläne Herrn Nayland Smiths und Scotland Yards kennenzulernen. Deshalb, meine Herren, werden Sie leben — vorläufig!"

„Und du wirst hangen!" knirschte Weymouths heisere Stimme. „In allernächster Zukunft schon! Du mitsamt deiner ganzen schlitzäugigen Bande!"

„Ich hoffe nicht," war die gelassene Erwiderung. „Die Mehrzahl meiner Leute befindet sich in Sicherheit. Manche haben sich als Matrosen auf den Ueberseedampfern anwerben lassen; andere sind auf andere Weise abgereist. Ah!"

Das letzte Wort war der erste Beweis seiner Erregung, der ihm bisher entschlüpft war. Ein Lichtstrahl tanzte zwischen den glänzenden Giftfarben zu uns herein. Offenbar war die Glastür hermetisch abgedichtet; es war hier auch viel kühler als in den Kellern, durch die wir gekommen. Das Gefühl der Uebelkeit, das sich meiner bemächtigt hatte, begann zu weichen. Mein Hirn wurde allmählich klarer. Hätte ich freilich gewußt, was sich noch entwickeln sollte, dann würde ich die Klarheit meines Geistes verflucht und um Vergessenheit gebeten haben — damit mir der Anblick dessen, was nun folgte, erspart bliebe.

„Es ist Logan!" rief Kommissar Weymouth; und ich hörte, wie er an den Stricken zerrte, mit denen man ihn gebunden hatte. An seiner Stimme erkannte ich, daß auch er sich von den Folgen des narkotischen Mittels, das man uns verabreicht, zu erholen begann. „Logan!" brüllte er. „Logan! Hierher — Hilfe!"

Doch der Hall des Schreis fiel in diesem abgedichteten Raum auf uns zurück.

„Die Tür schließt vortrefflich," höhnte Fu-Mandschus spottende Stimme. „Und das ist gut für uns alle. Sie befinden sich hier in meinem Observationsraum, Herr Dr. Petrie — und es wird Ihnen eine seltene Gelegenheit geboten sein, Ihre Kenntnisse der Fungologie zu erweitern. Denn ich nehme doch an, daß Sie sich von Berufs wegen für Pilzkunde interessieren. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf die betäubenden Eigenschaften des Lycoperdon, des gewöhnlichen Flockenstreulings. Der Raum, in den Sie vorhin fielen, war von ihm erfüllt. Durch einen bestimmten Prozeß gelang es mir, die Wirkung dieses Streulings bedeutend zu verstärken. Ihr Freund, Herr Weymouth, erfreut sich einer äußerst kräftigen Konstitution — und doch war auch er innerhalb weniger Sekunden hilflos wie ein Kind!"

„Logan! Hilfe!! Hierher — Hierher, Logan!" Etwas wie Angst bebte in Weymouths Stimme. Und in der Tat war ja die Situation so schaurig, daß sie beinahe unwirklich schien.

Eine Anzahl Beamter unter Führung eines Mannes, der eine elektrische Taschenlampe hielt, hatte inzwischen den ersten Keller erreicht; der weiße Strahl tanzte von unscheinbar grauen Pilzen zu anderen, die in dem grellen Schein tückisch gleißten.

Fu-Mandschu setzte gemessenen Tones seinen Vortrag fort: „Achten Sie nun, bitte, auf die schneeähnlichen Pilze an der Decke, Herr Doktor. Sie dürfen sich durch ihre Größe nicht auf eine falsche Fährte bringen lassen. Es ist eine Riesenvarietät der Empusa, die ich selbst gezüchtet habe. Sie wissen doch: die Pilzart, an der häufig die Stubenfliege stirbt. Sehen Sie auch einmal nach dem interessanten Effekt des harten Lichts auf meinen orangefarbenen und blauen Amanita-Pilzen."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die N. P. R. im Lager der Sanacja Moralna

Seit dem Tode des ersten schlesischen Wojewoden Rymer, der zugleich Leiter der schlesischen N. P. R. war, hat die Partei aufgehört, das politische Leben in Ost-Oberschlesien zu bestimmen. Gleich nach den Sejmwahlen im Jahre Jahre 1922 kam die finanzielle und moralische Pleite. Die unzähligen Handelsunternenhmungen der Partei, stürzten nach dem Tode Rymers wie Kartenhäuser zusammen. Scharenweise verließen die Mitglieder nicht nur die N. P. R., aber auch die polnische Berufsvereinigung. Demonstrativ wurden von den Arbeitern die Mitgliedsbücher zu Tausenden zerrissen und in den Ofen geworfen. Kein einziger N. P. R.-Funktionär traute sich vor den Mitgliedern zu erscheinen. Der Zusammenbruch war auf der ganzen Linie, wie man zu sagen pflegt, handgreiflich gewesen. Das einzigste was die N. P. R. aus dem Zusammenbruch retten konnte, waren die Sejmmandate, ohne welche aus der Partei nicht einmal Reste zurückgeblieben wären. Die Sejmmandate haben bewirkt, daß eine Hand voll N. P. R.-Agitatoren ausgehalten vom Staate, der Partei erhalten wurden, die, um sich selbst zu erhalten, langsam daran gingen, aus den Trümmern die Partei von neuem aufzubauen. Zu einer selbständigen politischen Aktion ist die Partei bis heute noch nicht fähig, weshalb sie bei jeder Wahl Anschluß an andere politische Gruppen sucht. Während der letzten Kommunalwahlen bildete die N. P. R. einen Wahlblock mit den Korfantysten zusammen und konnte sich dabei finanziell und moralisch etwas erholen. Die Wahlpropaganda finanzierte Herr Korfanty, der selbst dem N. P. R.-Organ, „Slonski Glos Poranny“ finanziell unter die Arme greifen mußte. Dabei ging der Kampf gegen die Deutschen, wodurch die Partei in den Augen der Nationalisten gewann. Bis in die letzte Zeit war nicht klar gewesen, an welche Partei sich die N. P. R. bei den kommenden Sejmwahlen anschließen wird. Daß sie selbständig vorgehen wird, daran glaubte niemand. Das Parteiblatt griff bis in die letzte Zeit die Sanacja Moralna an und es hatte den Anschein, daß die N. P. R. letzten Endes doch ein Kompromiß mit den Korfantysten abschließen wird. Während das Organ, der „Glos Poranny“ die Sanacja angriff, verhandelte die polnische Berufsvereinigung mit der Sanacja Moralna. Eingeweihte erzählen, daß Roguszczak mit dem Korfanty und Kott und Grajek mit der Sanacja zugleich verhandelt haben. Moralisch ist die N. P. R. einer Straßendirne gleichzustellen, die mit dem geht, der ihr mehr bietet. Nachdem die Subventionierung Korfantys durch die Schwerindustrie aufgehört hat, konnte K. weniger bieten als die Sanacja Moralna. Die letztere kann die Postenjägerei der N. P. R.-Funktionäre nach jeder Richtung hin befriedigen. Nach dem Ausscheiden des ersten Direktors Czaplo aus dem Knappschaftsverein, wird der Vizedirektorposten zu besetzen sein. Aehnliche Stellen, insbesondere in den schlesischen Kommunen, gibt es viele. Auf alle diese Posten hat die N. P. R. reichlich Kandidaten lagernd. Die Korfantysten befinden sich in der Opposition und können daher nicht annähernd soviel bieten, was die Sanacja den Postenhungrigen N. P. R.-Größen bietet. Sie haben daher auf der Konferenz der polnischen Berufsvereinigung ein Huldigungstelegramm an Marschall Pilsudski geschickt und das war der erste „Versöhnungsschritt“ mit der Sanacja gewesen. Alles übrige wickelte sich wie in einem Film ab und die gestrige „Polska Zachodnia“ kann der „verblüfften“ Welt mitteilen, daß ein Wahlblock der polnischen Wahlgemeinschaft mit der N. P. R. abgeschlossen wurde.

Das genannte Blatt veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung, die im Namen der polnischen Berufsvereinigung von Kott und Grajek und für die N. P. R. von dem „größten“ schlesischen Politiker Obrzut gezeichnet wurde. Für die Sanacja hat die Erklärung Herr Grzesik und Kapuscinski gezeichnet. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die polnische Arbeitsgemeinschaft von nun an „Nationale und christliche Arbeitsgemeinschaft“ heißen wird. In der gemeinsamen Erklärung heißt es, daß man vor allem um die Stärkung des Polentums in Schlesien bedacht sein wird. Als weitere Aufgabe gilt es, die Bestrebungen des Marschalls Pilsudski und des Wojewoden Grazynski zu unterstützen, die Befugnisse des Staatspräsidenten zu erweitern, das Christentum im Staate zu festigen usw. Alles das, was die N. P. R. bis jetzt im politischen Leben verurteilte, wird von nun an als ihr politisches Ziel hingestellt. Die Sanacja hat bezahlt und da darf die N. P. R. mit ihrer „Jungfräulichkeit“ nicht knausern. Diese Wahlen bringen ihr soviel ein, daß sie sich bis zu den nächsten Wahlen recht und schlecht durchschaukeln kann. Ob aber die „Sanacja Moralna“ an dieser Ehre mit der moralisch ganz verkommenen N. P. R. viel gewinnt, das ist eine andere Frage. Doch scheint es hier weniger um den Gewinn, als vielmehr um die Vereinsamung Korfantys bei den Wahlen anzukommen und daher die Ehe mit der N. P. R.

Gallot ignoriert die Gewerkschaften

Für den Vomittag des 15. Dezember d. Js., waren die Gewerkschaften zum Herrn Ing. Gallot geladen. Trotz der gewohnten Pünktlichkeit mußte man warten, bis schließlich Herr Ing. Matzke die Vertreter empfing. Die Unterredung war nicht maßgebend, da Herr Matzke keine Vollmachten hatte und gleichfalls Herrn Gallot erwartete. Lediglich die Stellungnahme der Arbeiterschaft wollte man erfahren. Nachdem die Vertreter der Gewerkschaften mit den Betriebsraten die Beschlüsse der letzten Belegschaftsversammlungen präzisiert hatten, wollte man etwas über den Stand der Verhandlungen in Deutschland erfahren. Von Gewerkschaftsseite wurde erklärt, das Deutschland für uns kein Maßstab sein kann.

Herr Ing. Matzke hatte sich in der Zwischenzeit mit Herrn Ingenieur Gallot telephonisch verbunden lassen, welcher bereits vorher seine sofortige Ankunft anmeldete. Nachdem die Uhr bereits eine Stunde Verspätung anzeigte und Herr Gallot nicht erschienen war, verließen die Gewerkschaftsvertreter unter Protest das Konferenzzimmer, um zu einer besonderen Sitzung in der Strzecha Gornicza mit Betriebsräten zusammenzutreten. Dort kam zum Ausdruck, das die Arbeitgeber bereits in Warschau mit dem zuständigen Ministerien konferierten. Es wurden dort sogar bestimmte Zusagen gemacht. Doch will man nicht glauben, das Herr Ingenieur Gallot das vermittelt haben sollte, denn es hat den Anschein, als wenn Herr Gallot die Situation von Polnisch-Oberschlesien nicht so in Warschau vorgetragen hatt, wie sie ist. (Dazu ist er wohl nicht der Mann). Auch scheint es, als wenn Herr Gallot den oberschlesischen Arbeiter mit Versprechungen bekämpfen wollte. Wie kommt es sonst, das nur noch Tage vor dem 1. Januar 1928 sind und die Gewerkschaften ingnoriert werden. Kaum das sich dies die Oberschlesier gefallen lassen! Eine solche Zurücksetzung hat er noch nie erfahren. Die Gewerkschaften haben danach beschlossen, gegen das Verhalten des Herrn Gallot in Warschau Protest einzulegen, und für nächste Woche eine Delegation nach Warschau zu entsenden.

Die Arbeiter werden sich dieses Verhalten besonders merken und am 2. Januar wird die Verantwortung er für alle Eventualitäten übernehmen müssen.

Kattowitzer Kommunalfragen

20000 Zl. für Kinderspeisungen — Schulbauten — Um die Ausstellungshalle — Ein unbekannter Zwionzek

Die gestrige Sitzung der Kattowitzer kommissarischen Stadtverordnetenkommission, die letzte in diesem Jahre, verlief verhältnismäßig schnell und ohne irgendeinen Zwischenfall, was in Anbetracht der Wahlstimmung eigentlich sehr verwunderlich ist. Haben etwa die kommenden Weihnachtsfeiertage diese so friedliche Stimmung ausgelöst, oder gibt's andere Gründe. Nun, wir wollen darauf nicht näher eingehen, auch wir sind friedlich gestimmt, aber das nur vorläufig.

* * *

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dombrowski mußte gleich nach Eröffnung der Sitzung erfahren, daß man seine Art, Dringlichkeitsanträge zu behandeln, nicht sehr hoch schätzt und deshalb hielt er eine sehr gelehrte Rede, die sich an die Städteordnung hielt. Nur irrt er sich trotzdem und das ist sehr bedauerlich bei einem Juristen. Herr Dr. Dombrowski hat recht, wenn er die Städteordnung zitiert, aber er verpaßt, daß es auch eine Geschäftsordnung gibt und die ist sehr genau umrissen. Dann wurde die Wahl von Mitgliedern und Vertretern für die Sejm- und Senatswahlen getätigt durch geheime Abstimmung.

Für die Wahlhauptkommission wurden gewählt: Dr. Mroczkowski, Stadtrat Schmiegel (dtsch.); als deren Stellvertreter: Kaufmann Czaplicki und Sekretär Majowski (dtsch.). Kattowitz ist in 42 Wahlbezirke eingeteilt. Der Wahlvorstand eines jeden Bezirks besteht aus drei Mitgliedern und deren Stellvertretern. Es wurden 126 bereits in Vorschlag gebrachte Mitglieder und 126 Vertreter gewählt.

Im weiteren wurde dem Verkauf des Geländes für die bereits erbaute Polizeischule an die Wojewodschaft zugestimmt. Der alte Preis von 224 000 Zloty wurde anerkannt. Der Wahl einer Kommission für die Vorbereitungsarbeiten zum Bau eines Miczkiewicz-Denkmals wurde stattgegeben. Die im Etat notwendig gewordene Erhöhung einer Position betreffend Unterhalt der Heizungs- und Rohranlagen im Betrage von 10 000 Zloty wurde bewilligt. Für die Kinderspeisung an den 28 Schulen in Kattowitz wurden 20 000 Zloty genehmigt. Dieser Betrag gilt für zwei Monate, während derer die Stadt verpflichtet ist, in Ablösung mit der Wojewodschaft die Kinderspeisung zu übernehmen. Die Regelung des Dienstverhältnisses des Magistratsrats Posadly wurde bewilligt. Auch der Abtretung von Gelände für den Bau von technischen Schulen an die Wojewodschaft wurde stattgegeben, da die Wojewodschaft sich mit Beihilfen an dem Unterhalt der städtischen Schulen beteiligt. Durch die Abtretung werden der Stadt 1½ Millionen Zloty Kosten entstehen. Auf diesem Gelände ist der Bau einer Baugewerkschule, einer Chemieschule usw. geplant.

Als jetzt über den Verkauf eines städtischen Grundstückes auf der ul. Warszawska an die Polnische Berufsvereinigung zur Erörterung kam, mußte sich Herr Brzeskot, dessen gräßlichen Redereien auch den geduldigsten Menschen zur Raserei bringen können, von dem Abgeordneten Biniszkiewicz mancherlei einstecken. Es wundert uns, daß der Herr Dr. Dombrowski ausgerechnet dem Pan Brzeskot diesen Punkt zum Referieren übergab, da er doch weiß, daß Brzeskot der Polnischen Berufsvereinigung als führendes Mitglied angehört. Auf die Ausführungen des Gen. Biniszkiewicz hin wurde diese Angelegenheit vertagt. Dann wurden 16 000 Zloty für die Armenbeihilfe bewilligt.

Ein nicht uninteressanter Antrag war der folgende und zwar bildete sich in Kattowitz ein Komitee, welches die Aufrechterhaltung von Ausstellungen gewährleisten will. Natürlich braucht es dazu die von städtischen Mitteln erbaute Ausstellungshalle im Südpark. Nur hat die Geschichte einen großen Haken, denn dieses Komitee möchte sie so ziemlich umsonst in die Tasche stecken. In diesem Komitee stecken übrigens Persönlichkeiten, die hier vollständig fremd sind, mit Ausnahme einiger, darunter des Herrn Posels Janitzki, der hier als der Präses des Verbandes polnischer Industriellen figuriert. Diesen Verband hat anscheinend der geschäftstüchtige Janitzki selbst gegründet, denn kein Mensch kann sich erinnern jemals von einem solchen Verband in der Wojewodschaft Schlesien gehört zu haben. Eine bereits gewählte Kommission wird sich dieser Angelegenheit annehmen. Nach dem noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt wurden, schloß Dr. Dombrowski die Sitzung.

Gemeindevertretersitzung in Siemianowitz

In des Lebens Kürze, liegt des Lebens Würze, heißt es richtig, und kurz und schmerzlos wurden die 11 Punkte der Tagesordnung erledigt, unter zahlreicher Beteiligung von Arbeitslosen auf drückendvoller Trübüne. Stand doch die Bewilligung einer Weihnachtszuwendung auf der Tagesordnung, die leider nicht so ausfiel, wie sie gewünscht wurde, da der Antrag der sozialistischen Fraktion unter den Tisch fiel. Herr Bürgermeister Poppek zog sogar blank und ritt eine scharfe Attacke gegen die ledigen Arbeitslosen. Er warf ihnen vor, durch die hohe Wochenunterstützung (10,50—13 Zloty) arbeitsunwillig geworden zu sein. Mag ja in manchen Fällen stimmen, aber doch nicht allgemein, und dann vergaß Herr Poppek zu sagen, daß es auch Ledige gibt die nur 3,50 Zloty und 2,60 Zloty Unterstützung erhalten. Und daß man gegen die Gehaltsempfänger der Gemeinde, wir gönnen es ihnen, und sogar das Lhererkollegium des poln. Lyzeums, so reichlich bedacht hat, hätte man den ledigen Arbeitslosen ganz ruhig aus was geben können; es sind ihrer 400 an der Zahl, etwa 10 Zloty hätte die Gemeinde auch nicht der Teufel geholt, namentlich insofern, als infolge Erledigung des Punktes 1, der Tageordnung durch den schlesischen Sejm 6000 Zloty erübrigt wurden. Die Zahlung der Arbeitsmarken, wie sie in dem Punkte die Gemeinde übernommen hatte, wird durch den neuesten Beschluß des schlesischen Sejm aus dem Wojewodschaftsfonds gezahlt. Bei 1369 Arbeitslosen, davon 970 Ernährern 400 Ledigen und 400 Invaliden hätte der zu benötigende Betrag nicht 80 000 Zloty sondern höchstens 50 000 Zloty ausgemacht, wenn der weitgehenste Antrag der Sozialisten 30 Zloty an Familien, 20 Zloty an Ernährer, 15 Zloty für Ledige und 5 Zloty für jedes Kind durchgegangen wäre. Da der diesjährige Budgetüberschuß fast 300 000 Zloty betragen dürfte, was sehr löblich ist, und anerkannt werden muß, ist doch eigentlich Geld genügend vorhanden. Gewiß, wir bauen viel, nächstes Jahr vorläufig für ½ Million Zloty und unser Stadtbild wird immer schöner, aber aus einer schönen Schüssel wird man nicht satt, namenlich die Arbeitslosen nicht. Und der Vorwurf des Herrn Halaczek, daß die Linke, Wahlpropaganda macht, mag nicht ganz stimmen, haben doch die anderen bei der Kartoffellieferung an verschiedene Vereine usw., sicherlich auch einen kleinen Hintergedanken gehabt. Ganz besonders freigebig war unser Genosse Mlotzek und benahm sich übrigens wie ein aus der Bahn geschleuderter Komet. Man hatte den Eindruck, er hätte eine einstimmige, selbständige Fraktion gegründet, und daher senkte er auch züchtig errötend die Augenlider, als ihn sein Fraktionsführer Slowinski einmal scharf ansah. Nicht für 5 Pfennig Fraktionsdisziplin, schönster aller Mlotzeks.

Folgende Bauprojekte sind vorgesehen, für das Jahr 1928 und auch die entsprechende Mittel bewilligt worden: Der Flächeninhalt des Hilgerplatzes vergrößert sich infolge Zuschüttung des kleinen Hüttenteiches mit 13 500 Quadratmeter. Der vordere Teil von 6000 Quadratmetern bleibt Marktplatz, der hintere Teil von 7 500 Quadratmetern wird Parkanlage und erhält auch das Denkmal von vorn. Um den Marktplatz herum wird eine 6 Meter breite Fahrstraße angelegt und die jetzige Straße, die durch die Mitte führt, bassiert. Die Bedürfnisanstalt an der Ecke verschwindet und die neue wird voraussichtlich versenkt gebaut. Infolge Anstauung des Verkehrs an der Haltestelle der Straßenbahn wird diese Stelle von 4,5 auf 8 Meter verbreitert. Kostenpunkt 95 000 Zloty die aus dem Budgetüberschuß gedeckt werden.

Eine zweite Turnhalle kommt auf die Schloßstraße in die Schule, vis-a-vis dem Hüttenlazarett. Bauobjekt 195 000 Zloty welche aus dem Kanalisationsfonds gedeckt werden. Die Kurzestraße dortselbst wird reguliert, einen neuen Bretterzaun stellt die Gemeinde für 800 Zloty und erhält dafür von der Witwe Kowoll einen Geländestreifen von 44,5 Metern, zwecks Anlegung eines Bürgersteiges. Schloß-, Bahnhof-, Sarah-, Quer-, und Glowickistraße, erhalten neue oder bessere Straßenbeleuchtung. Baukosten 1 680 Zloty, Stromkosten jährlich 2 750 Zloty. Lampenmaterial stellt das Elektrizitätswerk Ficinusschacht. Zwei neue Haushaltungsschulen werden errichtet. Inventarbeschaffung 3000 Zl. und monatlicher Zuschuß zu 150 Zloty. Als Kontroll- oder Baukommission fungieren die Herren Jendrusch, Halaczek von der polnischen und Knappik und Kulay von der deutschen Fraktion. Die Arbeitslosen erhalten, große Familien 25, mittlere 15 und kleine 10 Zloty Weihnachtsspende in Form von Bons. Invaliden werden gleichgestellt, für welche sich besonders der Bürgermeister selbst und der Invalidenvertreter Miaskowiak einsetzte.

Als Weihnachtsrenumeration ging der Antrag des Ing. Halaczek durch, und erhalten Gemeindebeamte und das Lehrerkollegium des polnischen Lyzeums 50 Prozent vom Gehalt und die Arbeiter 100 Prozent. Genosse Mlotzek beantragte 100 Prozent mit Karnzzeit von einem Jahr.

Für die Wahlkommission wurden von jeder Fraktion je 12 ordentliche Vertreter gewählt, insgesamt 36. Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

Kündigung des Lohntarifs

Die Tarifgemeinschaft für Eisenhütten und Bergbau behandelte in ihrer Sitzung am 15. d. Mts wichtige Fragen. Ihre künftige Arbeit wird in den nächsten Tagen näher präzisiert werden. Zu den Verhandlungen in tariflicher Beziehung (Manteltarif — Kohlenabkommen usw.) wird nach der Regelung des Achtstundentages geschritten. Die Bergarbeiterorganisationen hatten daraufhin den Kündigungstermin der Lohnordnung behandelt und man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei dem heutigen Steigen der Preise es nicht verbleibt, weshalb die Löhne im Bergbau und Eisenerzgruben ab 15. 12. d. Js zum 1. 1. 1928 gekündigt werden. Dazu kommt noch, daß die Löhne im allgemeinen besonders niedrig sind.

Nachklänge zum Bombenattentat auf die Polonia

Am gestrigen Donnerstag wurde erneut und zwar nach viermaliger Vertagung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Polska Zachodnia“ Jan Makosz vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz verhandelt. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Herlinger, während als Anklagevertreter Staatsanwalt Dr. Guzy fungierte. Rechtsanwalt Zbislawski übernahm die Verteidigung des Angeklagten. Rechtsanwalt Kobylinski wiederum vertrat den Zeugen und Nebenkläger Abgeordneten Wojciech Korfanty. Als Zeugen waren verschiedene prominente Persönlichkeiten geladen, so u. a. Wojewode Dr. Grazynski, Abgeordneter Korfanty, Sejmmarschall Wolny, Stadtrat Lubonga-Laskowski. Rechtsanwalt Chmielewski-Posen, sowie eine Reihe von Abgeordneten.

Die Anklageschrift, die verlesen wird, wendet sich gegen den Redakteur der „Polska Zachodnia“, Jan Makosz wegen

Börsenkurse vom 16. 12. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91$^3/_4$ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 15 zł
	1 Dollar	=	8.91$^3/_4$ zł
	100 zł	=	46 92 Rmk.

Beleidigung des Abgeordneten Korfanty. In der Zeitungsausgabe des obigen Blattes vom 25. Juli 1926 erschien eine Sensationsnummer mit der fetten Ueberschrift „3000 Zloty für den Bombenanschlag auf die „Polonia“, in deren weiterem Inhalt die schwersten Vorwürfe Herrn Korfanty gemacht wurden, die sogar bis in die Zeit seiner Tätigkei als Plebiszitkommissar zurückreichen, so u. a. 1. daß Korfanty den Kreiskommandanten Nitschke zur Ausführung von Anschlägen auf Personen des Vorstandes des der Sanacja ergebenen Aufständischenverbandes zu gewinnen und für 30 000 Zloty zu erkaufen versuchte, 2. daß Korfanty für 3000 Zloty Aufständische bereits erkauft hat, die eines Nachts ein Dynamitanschlag auf das Verlagsgebäude der „Polonia“ unternnehmen sollten, 3. daß die letzten Kampfmethoden Korfantys mit den Aufständischen, besonders während seiner Tätigkeit als Plebiszitkommissar gegen die Aufständischen und hauptsächlich gegen ihm nicht genehme Personen völlig ehrlos waren.

Der Staatsanwalt sowie der Gerichtsvorsitzende regten alsbald bezüglich dieses Punktes geheime Verhandlung an. Nach Vernehmung des Zeugen, Wojewoden Dr. Grazynski, sowie 5 weiteren Personen, wurde dieser Prozeß nach einer etwa 3stündigen Verhandlung, gegen 5 Uhr nachmittags erneut vertagt.

Was ist die Schwerkraft?

Von Willi Ley.

Eins der interessantesten und liebenswürdigsten Ergebnisse der Forschung ist das, daß sie das Weltbild vereinfacht.

Und je länger geforscht und gedacht wird, desto einfacher und begrifflich klarer wird es. — Es fing damit an, daß Kopernikus die unendlich komplizierten und verwickelten Bewegungen der Gestirne auf eine einfache, gleichmäßige Bewegung, die allen Planeten gemeinsam ist, zurückführte. Vorher hat man bekanntlich geglaubt, die Erde stehe im Mittelpunkt fest, die Planeten (Sonne und Mond wurden dazugezählt) bewegten sich in Kreisbahnen um sie herum. Um dies Bild aber mit den Beobachtungen in Einklang zu bringen, war es nötig, die Erde etwas aus dem Mittelpunkt zu rücken, auf den Planetenkreisen Hilfskreise anzubringen, die Bewegungen nicht ganz gleichmäßig erfolgen zu lassen und so fort bis an die absolute Verheddderungsgrenze für alle Leute, die das jemand anders erklären sollten.

Ein weiterer Schritt zur Vereinfachung des Weltbildes war es, als Darwin dem seinerzeit schon „in der Luft liegenden“ Gedanken Form gab, daß das Linnesche Dogma, daß die Tier- und Pflanzenarten absolut unveränderlich sein sollten, nicht zutrifft. Seitdem haben wir ja nun auch immer besser und immer sicherer gelernt, daß die ungeheure Mannigfaltigkeit der gesamten organischen Welt letzten Endes auf das Problem „Leben“ zusammenschmilzt, ohne daß es für die Lebenstatsache an sich nötig wäre, auch noch die verschiedenen Erscheinungsformen zu erklären.

Eine weitere und ganz kolossale Vereinfachung kam durch die Atomtheorie der Chemie (vorgeahnt und zuerst gelehrt von dem altgriechischen Philosophen Demokritos), der sich ziemlich spät auch der Physik annahm und die zum Schluß zu dem Ergebnis führte, daß das Atom, das ja doch — es kommt vom griechischen unteilbar — das Unteilbare sein sollte, noch weiter aufgelöst wurde in die Elektronen, die zugleich auch die Bausteine der Energie sind, so daß man also hier dazu kommen konnte, die Materie nur als eine besondere Form der Energie anzusprechen.

Ebenfalls eine Vereinfachung des Weltbildes war es, als es gelang, die verschiedenen Begriffe der Wärme des Lichts usw. alle als Strahlungen zu identifizieren, so daß man jetzt von einem geschlossenen Strahlen- oder Wellenband sprechen kann, das mit den elektrischen Wellen als den längsten beginnt und über die sogenannten „Reststrahlen“, die Wärmestrahlen, das farbige Spektrum vom rot zum violett, die chemisch wirksamen Strahlen (ultraviolett) bis zu den Röntgenstrahlen führt.

Eigenartigerweise hatte man gerade bei den Strahlungen den Zusammenhang aber schon geahnt, weil man sie — soweit sie damals schon bekannt waren — alle zusammen in einen großen „Fluidum“ genannten Topf gesteckt hatte. Jedoch konnte man sich unter diesem Wort nicht viel mehr als eben ein Wort vorstellen, und als dann die Wellentheorie kam und den Lichtäther erfand, ging der Fluidumtopf in die Brüche. Nur eine einzige Naturkraft fügt sich noch nicht recht in das übrige Weltbild, das ja fast alles mit Strahlung zu machen pflegt, ein. Und das ist eigenartigerweise eine Kraft, die allgegenwärtig ist, die man auch in ihrer Größe und in ihren Wirkungen genau berechnen gelernt hat: die Schwerkraft. Zuerst hatte man sie auch in die Rubrik „Fluidum“ einsortiert, eine Weile galt sie als eine Art Magnetismus (so wird sie in dem hübschen nachgelassenen Buch des großen Kepler, „Somnium“, unter dem Namen „Mondtraum“ weiter bekannt, aufgefaßt), dann wußte man eine Weile gar nicht, was man daraus machen sollte. Der Wiener Professor Sahulka meinte, sie sei der Druck des hypothetischen Lichtäthers, er sagte sich, daß der Druck dieses Aethers, bezw. seiner kleinsten Teilchen von oben, aus dem Weltraum her, frei wirken könne, von unten her wohl einen Gegendruck ausübe, daß aber die Aetherpartikelchen durch den Durchgang durch den Erdball so geschwächt seien, daß ihr Gegendruck geringer sein müsse, als der direkte von oben. Auch mit dieser Annahme ist mit einer Schwerewirkung zu erklären.

Die neueste Schwerkrafttheorie geht nun wieder auf die Melodie, eine ganze Anzahl verschiedener Tatsachen mit einem Griffe zu packen.

Man kam eigentlich darauf, als man es erklären wollte, daß die Sonne trotz der riesigen Wärmemengen, die sie jede Stunde in das All strahlt, nicht kälter wird. Wir können die Erdgeschichte bis in die geologische Periode des sogenannten Algonkiums zurückverfolgen, das ist in Jahren nach den ziemlich gut zusammenstimmenden Rechnungen verschiedener Methoden (die Methode aus dem radioaktiven Atomzerfall ist die beste) etwa eine Milliarde! Während dieser ganzen Zeit hat die Sonne ihre Temperatur, wie wir jetzt erkannt haben, kaum geändert, denn die vorübergehenden Eiszeiten sind anders zu erklären. Nach einer reinen Wärmerechnung müßte die Sonne aber in jedem Jahre um zwei Grad kälter werden, wenn sie nicht ihre Energieverluste aus der Strahlung irgendwie ersetzt. Man hat diesen Ersatz in einer fortschreitenden Zusammenziehung gesucht, andererseits an die Hitzewirkung auftreffender Meteoriten gedacht, ohne jemals mit seiner Rechnung mit den Tatsachen auch nur einigermaßen übereinzustimmen.

Verschiedene Gelehrte haben dann aber, vollkommen unabhängig voneinander, untersucht, wie die Sache liegt, wenn man dem Weltäther eine Energie zuschreibt. Und es sieht ganz so aus, als wenn man damit des Pudels Kern getroffen hätte. Die Energie des Weltäthers ist sogar unvorstellbar groß. Nernst berechnet als Mindestmaß eine Billiarde Grammkalorien pro Kubikzentimeter, Wiechert und Lodge sind sogar davon überzeugt, daß jeder Kubikmillimeter des „leeren“ Raumes die Energie besitzt, eine Kraftanlage von einer Million Pferdestärken 40 Millionen Jahre hindurch zu speisen! Es ist bis jetzt noch nie gelungen, diese sogenannte „Nullpunktsenergie“ auszulösen, man wüßte auch gar nicht, wie es geschehen könnte, und es ist nur zu hoffen, daß es auch nie gelingen möge!

Aus diesem unerschöpflichen Reservoir ergänzt also unsere Sonne ihre Kraft und alle anderen Fixsternsonnen des Weltalls tun es ebenfalls. Wobei es logisch ist, daß die größeren mehr Energie aus dem Aether absorbieren müssen, als die kleineren, — folglich auch heißer sind, wie es ja die Beobachtung bestätigt. Der früher gern zitierte Schrecken des Sonnentodes ist also nur ein Schreckschuß, denn die Sonne kann nicht sterben, da sie sich ja im „Strahlungsgleichgewicht“ befindet, d. h. ebensoviel Energie aufnimmt wie ausstrahlt.

Schon der Genfer Mathematiker Lesage (1724—1803) hat theoretisch gezeigt, daß man die Schwerkraft aus einer sehr durchdringlichen Strahlung ableiten könnte, wenn es gelänge, solche Strahlungen zu entdecken. Da die Forscher übereinstimmend annehmen, daß ihre Nullpunktsenergie in Strahlenform im Weltäther vorhanden ist ist alles weitere leicht denkbar.

Da nun Nernst auch gleich noch eine Weltbildungshypothese auf der Nullpunktsstrahlung aufbauen konnte, — Materie und Energie sind ja dasselbe —, so erhellt wieder einmal eine ungeheure Vereinfachung alles Naturgeschehens, in dem eins an das andere geknüpft ist ohne jemals diesen Zusammenhängen entschlüpfen zu können

Kattowitz und Umgebung

Das weiße Wunder.

Mit mürrischen, verärgerten, sorgengrauen Gesichtern waren die Großstadtmenschen zu Bett gegangen. Ohne eine Hoffnung auf Licht, auf Sonne und Freude, ohne einen Gedanken nur an Zufriedenheit, ja, so ganz ohne sich selbst. Da waren nur der Herr Geheimrat, der Herr Direktor, der Herr Bürgermeister, die Stenotypistin, der Portokassenjüngling und der Herr Stift.

Und des weiteren all die Tausende von Lebewesen, die sich nur durch die von der Kultur ihnen aufgeklebten Titel, Benennungen und Nummern voneinander unterschieden. Einzig die Kinder, die Buben und Mädel, soweit sie die ersten Gehversuche mit Erfolg absolviert hatten, verleugneten ihre Seele nicht und bildeten die Ausnahme, die in diesem Falle niemand beachtete.

Aber über Nacht, während die normierten Schemenwesen in Schlaf und Traum lagen, fiel leise und sacht wie die stille Erfüllung einer heimlichen Sehnsucht weicher, weißer Schnee aus den Wolken und bezog mit seiner märchenglitzernden Zauberdecke auch die Stadt in das große Gesamtbild der Natur ein. Zuerst sahen es die Kinder, drückten die Nasen und Näschen an den Fensterscheiben platt, waren im Nu in den Kleidern und saßen alsbald auf den jubelnd hervorgeholten Schlitten, um vor Schulanfang schnell ein paar Minuten die erste Seligkeit des neuen Winters auszukosten.

Und dann geschah das Wunder, daß all die Großen, Größeren und ganz Großen für eine kurze Spanne Zeit nicht mehr Laufjunge, Stenotypisten, Direktor, Geheimrat oder Senator waren, sondern sie selbst. Sie waren wieder das, was sie mit den Kinderschuhen als erledigt abgetan hatten, sie waren harmlose Menschenkinder, und in ihren Augen wie in denen der kleinsten Knirpse leuchtete etwas wie eine Vorahnung weihnachtlicher Festfreude.

Zwar war nach wenigen Tagen die weiße Decke wieder in grauen Großstadtschmutz verwandelt. Das weiße Wunder aber blieb lebendig, ob man sichs eingestehen mochte oder nicht. Und dieses Restchen Etwas, dieses von der Arbeit des Tages unterdrückte Bewußtsein von der unzerstörbaren Einheit zwischen Mensch und Natur, wird hinweg die Lichter auf der immergrünen Tanne entzünden. Aus der Stunde todesähnlicher Ruhe entsteht das Symbol neuen Lebens, je dunkler die Tage werden, um so heller wird unser Heim, und wenn der Winter erst einmal seine Besuchskarte abgegeben hat, dann wissen wir, wie nah auch für die verknöchertste Berufsmaschine der Tag menschlichster Freude ist.

Kattowitzer Wahlkreise.

In Vorbereitung der kommenden Wahlen für den Sejm und Senat hat der Magistrat Kattowitz bereits die Stadt in Wahlkreise eingeteilt und die Lokale bestimmt, in denen die Kreiswahlkommissionen ihren Amtssitz haben und die Wahlen stattfinden werden. Die Einteilung umfaßt 42 Wahlkreise, von denen der weitaus größte Teil, weil 21 Wahlkreise, auf das Stadtgebiet I (Kattowitz) entfällt. Von den weiteren Kreisen zählt das II. Stadtgebiet (Bogucice) 10 Kreise, Stadtgebiet III (Zalenze-Domb) 9 Kreise und Stadtgebiet IV (Ligota-Brynow) 2 Wahlkreise. Die Adresse der einzelnen Wahlkreislokale wird mittels Plakatierung bekanntgegeben werden. (jt.)

Gegen die Erteilung der Wander-Gewerbepatente. Auf Grund wiederholter Interventionen seitens des Zentralverbandes der oberschlesischen Handwerker, Sitz Kattowitz beim Herrn Wojewoden in der Frage betreffend Hausiererwesen, ist der Chef der Steuerabteilung bei der Wojewodschaft, Oberregierungsrat Batecki veranlaßt worden, bezüglich der Wandergewerbepatente, sowie des Wandergewerbes und seiner schädigenden Auswirkungen für das steuerzahlende Handwerk, seine grundsätzliche Meinung, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen in einem besonderen Referat darzulegen und dieses an das Administrationsgericht einzureichen. Bei dem Leiter der Steuerabteilung wurde gleichfalls mehrfach seitens der Handwerks-Delegationen auf die große Konkurrenz durch die sogenannten, fliegenden Händler hingewiesen, welche minderwertige Ware zu Spottpreisen den leichtgläubigen Käufern anbieten und vielfach noch nicht einmal einen Wandergewerbeschein eingelöst haben, sondern „wilden“ Handel betreiben. Tatsächlich soll festgestellt worden sein, daß ein und dasselbe Patent abwechselnd von mehreren herumreisenden Händlern zugleich benutzt worden ist. Die Handwerksmeister wiesen auch darauf hin, daß der Staat unter den obwaltenden Umständen einen Steuerausfall erleidet, während die anerkannten Handwerksmeister wiederum, welche zur regelmäßigen Steuerabgabe herangezogen werden über mangelnde Absatzmöglichkeit und wenig Bestellungen infolge übermäßiger Konkurrenz zu klagen haben. Aus allen diesen Gründen fordern darum die Handwerker, daß eine weitere Erteilung von Wandergewerbepatenten grundsätzlich nicht mehr erfolgt. Wie es heißt, soll die endgültige Entscheidung in dieser, für das oberschlesische Handwerk so überaus wichtigen Frage nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Vor Anlegungen. Die „Giesche Spolka Akcyjna“ rechnet bestimmt auf Unterzeichnung des Handelsvertrages zwecks der Kohlenlieferungen nach Deutschland. Infolgedessen beabsichtigt die Verwaltung der Gieschegruben, Abt. Nickischschacht, 300 Arbeiter, meistenteils junge Leute, ab 1. Januar 1928 anzulegen. Ob von den älteren Arbeitslosen, welche darauf hoffen, wieder Arbeit zu erhalten, bei dieser Gelegenheit angenommen werden, ist zu bezweifeln, weil gerade seit Harrimans Eintritt in die Spolka „Giesche“ sehr selten Arbeiter über 35 Jahre angelegt werden. Was Schlepper und Wagenstößer anbelangt, werden nur 18—21 Jahre alte Arbeiter angelegt, weil sie im Lohn nach diesem Jahrgang bezahlt werden und dieselbe Arbeit wie ältere verrichten müssen.

Massenkündigungen. Die Zeche „Viktor“ bei Mielowice beabsichtigt infolge Mangel an Aufträgen ab 1. Januar 1928 den gesamten Förderbetrieb auf das Einschichtensystem zu beschränken. Infolge dieser Betriebseinschränkung sollen 500 Mann der Belegschaft nach Neujahr entlassen werden.

Ein Meineidsprozeß vor Gericht. Vor dem Myslowitzer Kreisgericht wurde der Polizeibeamte Peter T. aus Gieschewald, welcher den Maschinisten Theodor St. ohne Grund geschlagen haben soll, nach Vernehmung der Zeugen zu einer Geldstrafe von 5 Zloty verurteilt. Gegen St. sowie die beiden Zeugen, Arbeiter Max P. und Chauffeur Franz P. in Gieschewald wohnhaft, wurde wegen Meineid Anzeige erstattet. Die Angeklagten beharrten auf ihre früheren Aussagen. Obwohl die als Zeugen geladenen Polizeibeamten belastende Aussagen gegen die Beschuldigten machten, sprach das Gericht dieselben frei, mit der Begründung, daß die Aussagen der Angeklagten als glaubhaft anzusehen waren. Der Staatsanwalt beantragte wegen Meineid eine Zuchthausstrafe von je einem Jahr.

Unter der Wirkung des Alkohols. Der Arbeiter Karl Tkocz aus Nowa-Wies befand sich in rosiger Stimmung. Er hatte etwas dem Alkohol zugesprochen und da ging ihm das Herz vor Gefühlsüberschwang über. In dieser Stimmung trällerte er die deutschen Lieder: „Die Wacht am Rhein“ und „Deutschland über Alles“. Das erregte Anstoß einer vorübergehenden Jungfrau, die den hochverehrlichen Namen Kopernik trägt, und diese veranlaßte einen Polizisten zum Einschreiten. Der Arbeiter hatte sich vor dem Schöffengericht in Kattowitz wegen groben Unfugs zu verantworten. Der Arbeiter erklärte, daß es ihm gar nicht in den Sinn gekommen wäre, daß er jemand das patriotische Gefühl verletzen könne. Es war ihm so fröhlich zu Mute und da sang er die deutschen Lieder. Die als Zeuge vernommene polnische Jungfrau meinte, daß der Angeklagte sogar erklärt hätte: „Er habe ein deutsches Herz“ Das Gericht hielt ihn den angeheiterten Zustand zugute und verurteilte ihn nur zu 10 Zloty Geldstrafe oder 2 Tagen Arrest. — Der Arbeiter Silvester Mizera aus Domb war, nach dem Genuß von Alkohol, ebenfalls voll des Ueberschwanges, der sich aber bei ihm in Kraftgefühl umsetzte. Wie er so daheim hintorkelte, erblickte er vor sich ein altes Weib, das am Arm einen Eimer Wasser trug. Aus reinem Kitzel versetzte er dem Weibe mit der Faust einen Schlag auf den Hinterkopf und mit dem beschlagenen Arbeiterstiefel mehrere Fußtritte auf den Hinterleib. Das alte Weib (66 Jahre alt), fiel zu Boden und erlitt Verletzungen, die es 2 Wochen lang arbeitsunfähig machten. Der Staatsanwalt verlangte 2 Monate Gefängnis für den Uebeltäter, aber das Gericht fand es besser, ihm 3 Monate aufzudiktieren, weil es in der Tat eine außerordentliche Rohheit und Erregtheit erblickte. (jt.)

Janow. (Verschiedenes.) Die zugewiesene Kohlenmenge von 90 Tonnen für Arbeitslose und Ortsarme der Gemeinde Janow muß als sehr knapp bezeichnet werden, so daß gegen das Vorjahr diesmal höchstens 25 Prozent der Bedürftigen Kohle erhalten können. Man beabsichtigt, Kohle nur an kinderreiche Familien unter 14 Jahren zu verabfolgen. — Zu den bevorstehenden Sejm- und Senatswahlen hat die Gemeinde an alle Einwohner Zählungsformulare verteilen lassen, welche nach dieser Anweisung ausgefüllt und rechtzeitig den Hauswirten nebst Häuserverwaltern zurückgesandt werden sollen. — Der hiesige Gemeindevorstand hat 3000 Zloty den polnischen Ortsvereinigungen zu Weihnachtszwecken zur Verfügung gestellt.

Königshütte und Umgebung

Ein Wahlbüro im Rathause.

Um in Fragen der kommenden Sejm- und Senatswahlen den Wählern in zweifelhaften Fällen Rat und Auskunft zu erteilen, errichtete der Magistrat im Rathause, Zimmer 24, ein Wahlbüro ein, für das Wahlkommissar Stadtsyndikus Zajonc bestellt wurde. Als Aushilfe wurde ihm Oberstadtsekretär Urbanowicz zugeteilt. Die Dienstzeit ist für Wahlangelegenheiten von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends festgesetzt.

Unglücksfall. Der in der Brückenbauanstalt beschäftigte Transportarbeiter Lubos verunglückte beim Eisentransport dadurch, indem eine mit großen Eisenwinkeln am Kran befestigte Kette riß, wobei dem danebenstehenden L. einige Zehen am rechten Fuß gebrochen wurden. Außerdem trug er einige Fleischwunden am Bein davon. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde L. in das Knappschaftslazarett Königshütte überführt.

Ein herber Verlust. Der Händlerin Marie Scheffczyk aus Schwientochlowitz wurde gestern, auf dem Wege von Schwientochlowitz nach dem Königshütter Jahrmarkt vom Wagen ein Koffer mit Kurzwaren im Werte von 2000 Zloty gestohlen. Leider kam der Täter mit seiner schweren Beute unerkannt davon.

Tod durch Gasvergiftung. Gestern früh wurde der beim Fleischermeister Weigel, an der ul. Redena 1 (Redenstr.), in der Lehre stehende 15 Jahre alte Josef Drobny tot aufgefunden. Wie man hört, soll es sich um eine Gasvergiftung durch Unglücksfall handeln.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp z ogr odp., Katowice; Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Denn die Ehre will es . . .

Von Ernst Reinhard, Bern.

Nach der internationalen Konferenz des Völkerbundes für die Vorbereitung der Abrüstung ist die Welt wieder einmal voller Friedenshoffnung. Die großen Idealisten, die nur dann Idealisten sein können, wenn sie die Wirklichkeit nicht zu sehen wagen, glauben, daß von der Stadt Calvins eine neue Weihnachtsbotschaft über die Welt ausgehen werde, daß sich die Diplomaten der Wucht der Worte beugen: Et in terre pax — Und Friede auf Erden!

Aber nie ist eine gute und schöne Forderung so sehr zum Gegenstand des internationalen Schachers, der gegenseitigen Betrugsversuche und des direkt entgegengesetzten Willens gemacht worden, wie gerade hier. England kann und will nicht abrüsten; der französische Generalstab zeigt durch seinen Druck auf Belgien, daß er den Forderungen der französischen Schwerindustrie nach neuen Rüstungen unbedingt Gehör verschaffen will. All das ist so klar und einfach, daß es kein feines Gehör braucht, um hinter allen schönen Beschwichtigungsworten und allen heiligen Beteuerungen nur das eine Wort „Nein!“ zu hören.

Hier schaffen internationale Zusammenhänge den Boden, auf dem man die Abrüstung unmöglich machen kann. Aber schlimmer als alles ist die Botschaft, die vor einigen Tagen das Weiße Haus in Washington herausgab.

Innere politische Notwendigkeiten, die mit der Präsidentenwahl zusammenhängen, hatten Harding zu seiner Abrüstungskonferenz des Jahres 1921, hatten Coolidge zu seiner jämmerlich zusammengebrochenen Konferenz des Jahres 1927 aufgepeitscht. Die Verbrecher-Regierung des Herrn Harding brauchte diese Ablenkung nach außen, um ihre Korruption im Innern unbeachtet groß werden lassen zu können. Die Coolidge-Regierung hatte die Konferenz notwendig, um ihre Verbrechen Nikaragua, Haiti, San Domingo und den Philippinen gegenüber zu verschleiern.

Aber man kann, wenn man einen Präsidenten stürzen will, weitergehen und seine Friedensbotschaften übertrumpfen. Jener gleiche Senator Borah, dessen hundertprozentiges, den Trusts treu ergebenes Amerikanertum sich noch vor kurzem mit wütender Energie gegen den Antrag gewandt hatte, daß sich die Union dem Internationalen Schiedsgericht im Haag anschließen solle, um alle internationalen Konflikte auf friedlichem Wege lösen zu können, jener gleiche Borah, der eine der stärksten Stützen des hemmungslosesten Jingotums und der rüstungshungrigen Schwerindustrie ist, hat den Augenblick wahrgenommen, um einen Vorschlag einzureichen, welcher den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ausschalten und durch eine allgemein gültige völkerrechtliche Vereinbarung ersetzen sollte. Diesem Kriegsverbot ist die Regierung des Herrn Coolidge sofort entgegengetreten, indem sie erklären ließ, daß ein derartiger Antrag gegen die Verfassung verstoße, daß niemand wissen könne, wer denn eigentlich die angreifende Macht sei, und daß die Fragen der internationalen Ehre als eine besondere Kategorie betrachtet werden müßten, so daß eine Nation, die sich aus solchen Gründen einem Schiedsgerichtsverfahren widersetze, nicht als angreifende betrachtet werden könne.

Aenderung der Front? Ach nein, nur Entschleierung der Absichten! Der Antrag Borah hat der Regierung Coolidge Aeußerungen entlockt, die einmal ehrlich sind.

Was bedeutet jene amerikanische Verfassung, auf die man sich beruft? Unnötig zu sagen, daß ihre einfachsten Grundsätze, die Forderung der Menschenrechte, immer verleugnet worden sind, wenn sich revolutionäre Proletarier darauf stützen wollten. Aber selbst wenn es richtig wäre, daß die Verfassung immer und überall treu gehalten wurde — läßt sich wirklich eine derartige Regelung nicht treffen, nur weil ein Paragraph einer Verfassung dagegen spräche? Das behaupten zu wollen, an die Ernsthaftigkeit solcher Gründe nur entfernt zu glauben, das hieße, die Intelligenz dieser gerissensten Geschäftemacher herzlich klein einschätzen. Bleibt die Frage des Angriffs.

Für diese Lektion sollte man nun im Parlament eigentlich dankbar sein. Wir streiten uns um die Frage, ob eine Milizarmee zum aggressiven Krieg zu brauchen sei; es nützt herzlich wenig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß man sich mit einer solchen juristischen Unterscheidung einfach in den Schlingen der Diplomatie verfängt. Und just in diesem Augenblick ist die Diplomatie des größten imperialistischen Staates aufrichtig genug, um einzugestehen, daß man wirklich den Unterschied nur schwer machen könne; und selbst wenn das immer noch bestritten wird, so ist doch der Wille unverkennbar, jeden imperialistischen Krieg seitens Amerikas — und es hat nur solche Kriege zu führen — als Verteidigungskrieg anzugeben. Sollte aber irgendein Zweifel an der Richtigkeit dieser These bestehen, sollte irgend jemand zu zweifeln wagen, daß ein Krieg der Union in Haiti etwa kein Verteidigungskrieg wäre, so käme flugs die weitere These zu Hilfe, daß diese Auseinandersetzung mit einem kleinen Staate eine Frage der nationalen Ehre berühre — und daß man die Union, welche zu ihrer Verteidigung fechte, nicht deswegen als angreifenden Staat betrachten könne.

Wir haben es herrlich weit gebracht. Als Wilhelm Hohenzollern die internationale Friedenskonferenz im Haag sabotierte, indem er sich gerade darauf berief, daß Fragen der internationalen Ehre nur auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden könnten, da wurde die anständige europäische Oeffentlichkeit schamrot ob dieser Lüge. Als Oesterreich-Ungarn sein Ultimatum an Serbien formulierte, als Serbien dann alles annahm, bis auf einige wenige Punkte, über die es zu unterhandeln wünschte, da erklärte die Verbrecherregierung Berchthold, daß es gegen die Ehre Oesterreichs sei, mit Serbien zu unterhandeln — und um dieser Ehre willen mußten 30 Millionen Menschen vernichtet werden.

Wenn heute die Philippinen daran erinnern, daß die Union ihnen zweimal — im spanisch-amerikanischen Kriege an Aguinaldo und durch Mac Kinley, ein Vierteljahrhundert später durch Wilson — feierlich die Unabhängigkeit versprochen habe, da fand einer der schlimmsten Imperialisten, Leonard Wood, daß es gegen die Ehre der Vereinigten Staaten gehe, wenn dieses Wort eingelöst und die Philippinen freigegeben würden. Als die Liberalen Nikaraguas sich auf die Erklärung der Menschenrechte durch den ersten Präsidenten der Union, Jefferson, stützten, um ihre verkaufte Regierung Chamorro zu stürzen und durch eine rechtmäßige zu ersetzen, da fanden die Jingos, daß es gegen die Ehre Amerikas ginge, seine Truppen zum Schutze dieses bestochenen Verräters zurückzuziehen, daß die Ehre der Union die Unterdrückung eines bisher freien Landes verlange. Es gibt keine Schurkerei des Imperialismus, die er nicht durch seine Ehre gerechtfertigt und moralisch gemacht hätte.

Und nun lebt das wieder auf, groß gemacht und in unverblichener Kraft hervorgeholt von jener Regierung Coolidge, die sich ein besonderes Verdienst um die Abrüstung erwerben wollte.

Sie wollten sich mit pazifistischen Forderungen den Rang ablaufen, und darum entlockten sie sich gegenseitig Geständnisse, die einmal beweisen, wie sehr in der Union die ganze Friedensfrage nur zum Schacherobjekt für innerpolitische Machtpositionen gemacht worden ist.

Aber gerade jenes Spiel mit Worten weist auf die ungeheuerliche Gefahr hin, in der sich heute das Proletariat befindet. Der Krieg mag nun ausbrechen, wo er will, es mögen die niedrigsten Gründe des imperialistischen Systems dazu drängen, es mag sogar die rein persönliche Bereicherung, die krämerhafte Gewinnpolitik irgend eines Trusts zum Kriege treiben — immer wird man dem Volke sagen, daß es einen Verteidigungskrieg führe, und daß es um seine Ehre fechte. Dieses Klischee glaubte man nach dem großen Kriege abgenutzt. Daß man es heute frech und unverhohlen wieder hervorzuziehen wagt, zeigt, wie sicher sich die Kriegshetzer fühlen und wie groß die Kriegsgefahr schon geworden ist.

Die Brennerbahn und die Faschisten

Innsbruck, Anfang Dezember.

Am 25. September dieses Jahres gab es die erste große Katastrophe an der von Etzel entworfenen und unter Thommens und Pressels Leitung im Jahre 1867 vollendeten Brennerbahn, kurz nachdem die Faschisten, die heutigen Inhaber der Teilstrecke Bozen—Brenner die Entfernung des Denkmals des Erbauers veranlaßt hatten. Ein von Franzensfeste gegen Grasstein abgesendeter Hilfstrain, bestehend aus einer Lokomotive und einem Arbeitswagen, fuhr direkt auf eine unterwaschene Stelle und wurde buchstäblich in die reißenden Fluten des Eisack hineingedreht. Von den sechzehn Arbeitern entging nur einer dem Tode und er wurde wahnsinnig. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat damals auf den in Fachkreisen längst bekannten und von der Südtiroler Bevölkerung beklagten Umstand hingewiesen, daß die Bahnerhaltung und Bahnwartung der von den Italienern „ererbten Strecken“ sehr im argen liegt, daß die notwendige Auswechslung der Schwellen vernachlässigt wird und daß endlich der Bahn selbst und der Sicherheit des Verkehrs auf dieser internationalen Linie durch die Vertreibung der bodenständigen Bevölkerung nicht nur vom Verkehrsdienst, sondern auch von der Bahnerhaltung ein sehr schlechter Dienst erwiesen wurde.

Diese Bemerkungen haben nicht nur bei den lokalen Behörden, sondern auch bei den Zentralämtern in Rom Eindruck hervorgerufen, wie man mannigfachen Zeitungsberichten und insbesondere einem langen, im Mussolinischen „Popolo d'Italia“ erschienenen Reinwaschungsversuch entnehmen kann. Nach diesem Blatte hat sich der Arbeitsminister Giurati zur Prüfung der Sache einen ganzen Tag im Alto Adige aufgehalten, wobei er sich „von der Unstichhaltigkeit der schweren Beschuldigungen, die geeignet erscheinen, das Ansehen des italienischen Staates zu schmälern“, überzeugen konnte. Das Mailänder Blatt widmet aber dem „verleumderischen Geschwätz über die Verhältnisse bei der Brennerbahn“ fast volle zwei Spalten seines Kuhhautformates. Man muß deshalb auf die Sache, die tatsächlich eine internationale ist, noch einmal zurückkommen.

Die Unglücksstelle selbst ist den hiesigen Eisenbahnern hinlänglich bekannt. Es war Vorschrift, daß alljährlich eine genaue Untersuchung der Stelle vorgenommen werde, was in der österreichischen Aera auch immer geschehen ist. Die Italiener haben dies unterlassen, wie sie auch bei der Führung des Arbeitertrains die notwendige Vorsicht vermissen ließen. Es handelt sich ja nicht um eine Eisenbahnkatastrophe im landläufigen Sinne des Wortes, um eine plötzliche, unerwartete Gefahr. Die Bahnbehörden in Franzensfeste wußten, daß die Bahnstrecke gefährdet ist. Es sollten ja Arbeiter an die gefährdete Stelle gebracht werden, um dort Abhilfe zu schaffen. Man erzählte unserem Gewährsmann, daß ein einfacher, mit den Verhältnissen der Tiroler Gebirgsgewässer aber vertrauter Bauer durch Baumstämme die Fluten von seinem gefährdeten Hause, das nicht weit von der Unfallstelle entfernt war, ablenkt. Die mit den Verhältnissen nicht vertrauten Italiener — und es waren lauter Italiener auf dem Hilfstrain — fuhren aber in das Wasser hinein und wurden deshalb mit Lokomotive und Waggon ein Opfer desselben. Deshalb ist es richtig, daß der mit den Tücken der Hochgebirgsgewässer vertrauten bodenständigen Arbeiterschaft nichts passiert wäre. Das Mailänder Blatt hat recht, wenn es behauptet, daß es Unglück immer geben werde. Aber hier fuhren Menschen, die andere vor Unglück bewahren wollten, geradezu in das Unglück hinein! Daß aber in wenigen Stunden der Bahnkörper so unterwaschen werden konnte, daß er beim Befahren wich, deutet eben auf die Unterlassung der notwendigsten Vorsicht, auf die Mängel des italienischen Bahnerhaltungsdienstes, auf die mangelnde Obhut für den Bahnkörper hin. Die Brennerbahn von Bozen bis Brenner ist der schwierigste Teil der Strecke und bedarf besonderer Wartung. Es zeugt nicht für sie, wenn man an der Unfallstelle faule Schwellen sah. Es bestätigt nur die Aussagen der bodenständigen Bevölkerung, die trotz der Behauptungen der Italiener immer wieder erklärt, daß der gesamte Oberbau vernachlässigt, daß von der täglichen Kontrolle und von den von der Südbahnzeit her gewohnten tagtäglichen Arbeiterpartien auf der Strecke keine Spur mehr zu finden ist. Zur Südbahnzeit war in diesen Gegenden die Oberbauarbeit bei der Bahn sozusagen der Regulator des bäuerlichen Arbeitsmarktes.

Die italienische Staatsbahnverwaltung hat sich aber in erster Linie in den Dienst der faschistischen Methoden gestellt, die dem deutschen Land von Salurn bis zum Brenner die italienische Zwangsjacke anziehen wollen. Sie hat die deutschen Eisenbahner bis auf ganz vereinzelte Reste vertrieben. Wenn man nun in Mailand behauptet, daß die italienische Staatsbahnverwaltung schon früher Bergbahnen in Betrieb gehabt habe und daß sie daher über genügend fachkundiges italienisches Personal auch zum Betriebe der Brennerbahn verfüge, um gleichzeitig auch wichtige nationale Interessen der Regierung zu vertreten, so ist dem entgegenzuhalten, daß die italienischen Bergstrecken der Brennerbahn wohl kaum an die Seite gestellt werden dürfen. Der Umstand, daß „die Brennerbahn — wie Röll in der „Enzyklopädie des Eisenbahnwesens“ sagt — infolge der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, die Schule für die Erbauer späterer Gebirgsbahnen ist“, bürdet dem Inhaber der Bahn auch die moralische Pflicht besonders sorgfältiger Betreuung auf. Wie die streckenkundigen Eisenbahner aber erklären, haben die Italiener keineswegs des Bergdienstes kundige Beamte und Angestellte nach Norden entsendet. Nationale Motive mögen bei der Auswahl eher maßgebend gewesen sein.

Mit Recht sagt die italienische Eisenbahnverwaltung, daß sie sehr viel Geld für die Brennerbahn aufgewendet hat. Aber diese Silberlinge sind größtenteils für die Kolonisation gerollt, also für eine Aufgabe, die der Bahnverwaltung freilich bis jetzt wichtiger war als die Sicherheit der Reisenden, als die Haltbarkeit des Bahndammes, als die Festigkeit des Unterbaues, als der Austausch der Schwellen. Die zahlreichen Neubauten, die die italienische Bahnverwaltung längs der Brenner- und Pustertaler Strecke aufführen läßt, sind wohl notwendig geworden, weil man die deutschen Angestellten und Arbeiter vertrieben hat und man daher für die mit voller Absicht angesiedelten fremden Arbeiter Wohnräume um teures Geld, das sonst der Strecke zugute käme, errichten muß. Die Sorge für die Verwelschung des Gebietes überwuchert die Pflicht gegenüber dem anvertrauten Gut und Leben.

Die blamierte Juli-Justiz

Gerichtliche Nachspiele zu den Wiener Juli-Unruhen.

Wien, 10. Dezember 1927.

Die schrecklichen Ereignisse vom 15. und 16. Juli — der Polizeiüberfall auf die friedliche Demonstration, die sich gegen die Freisprechung hakenkreuzlerischer Arbeitermörder wendete, die darauf folgende Brandstiftung am Justizpalast und dann das blindwütige Schießen der Polizisten in den Straßen von Wien mit den 89 Todesopfern, die es zur Folge hatte — haben in der Bürgerblockregierung den Glauben erzeugt, daß das Proletariat nun wehrlos sei und daß es bei den geänderten Machtverhältnissen nicht schwer sein werde, das eingeschüchterte Proletariat aller Errungenschaften der Revolution zu berauben.

Deshalb ließ der Bundeskanzler Dr. Seipel die Polizeibeamten, die sich bei dem Schießen am brutalsten benommen hatten, dekorieren, deshalb verkündete er, daß er gegen die „Juliverbrecher“ keine Milde kenne, deshalb ließ er auch durch seine Regierungsmehrheit den sozialdemokratischen Amnestieantrag ablehnen und deshalb ließ er verkünden, daß die Prozesse alle Fäden der blutigen Ereignisse feststellen und aufzeigen würden, daß es sich um einen vorbereiteten Putsch handle . . .

Die ersten Prozesse vor dem Schöffengericht zeigten, daß sich die Regierung auf die Justiz verlassen könne. Es waren wohl lauter kleine Leute, die zuerst vor Gericht kamen, von denen man nicht behaupten konnte, daß sie etwa die Drahtzieher eines Putsches gewesen seien, umso weniger, als nicht einmal für den Zusammenhang der Unruhen mit der Kommunistischen Partei auch nur die geringste Spur aufzutreiben war; dafür aber zeigte sich, daß die Gerichte den Anträgen der Staatsanwälte und den Wünschen der Regierung nach strengen Strafen bereitwillig Folge leisteten.

Die ersten Verurteilungen erfolgten wegen Verbrechens der Erpressung. Das österreichische Strafgesetz, das aus dem Jahre 1803 stammt, kennt das Delikt Nötigung nicht und so wurden die Demonstranten, die bei den Unruhen Automobile angehalten und die Insassen zum Aussteigen veranlaßt hatten, sei es auch nur, um Verwundete in das Spital zu schaffen — wegen des Verbrechens der Erpressung zu Monaten Kerker verurteilt, andere, die nichts getan hatten, als daß sie dem Befehl der Wache, sich zu zerstreuen, nicht sofort folgten, wurden wegen Vergehens des Auflaufs zu strengem Arrest verurteilt. Nachdem man bei den ersten Prozessen so leicht Erfolge erzielt hatte, folgten die Anklagen wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, die schon darin erblickt wurde, daß ein Demonstrant, um einem Säbelhieb zu entgehen, einem Wachmann einen Schlag versetzte. Dann kamen die Verurteilungen wegen der sogenannten Plünderungen. Arbeiter, die aus dem Justizpalast wertlose Papierfetzen wegtrugen oder die auf der Straße weggeworfene Gegenstände aufgelesen hatten, wurden wegen Verbrechens des Diebstahls „in Bedrängnis“ verurteilt. Allerdings waren selbst diesen Schöffen manche der Anklagen zu läppisch, und so wurden schon in den ersten Wochen einige Freisprüche gefällt, namentlich wenn es sich um „Diebstähle“ vollständig wertloser Gegenstände handelte oder wenn die „Uebeltäter“ nicht an Ort und Stelle, sondern erst infolge von Denunziationen verhaftet worden waren.

Wurden diese Freisprüche auch von der bürgerlichen Presse als Zeichen von allzu weichem Gemüt der Schöffen kritisiert, so schienen sie andererseits doch die harten Urteile zu fundieren. Da hatten die Scharfmacher aber ein kleines Malheur. Einer der Verteidiger hatte den Einfall, im Präsidium des Landesgerichts nachzuforschen, wie die Schöffensenate zustande gekommen waren, und er stellte dabei fest, daß man einige Arbeiter, die als Schöffe in die Senate eingeteilt worden waren, nicht einberufen, sondern an ihrer Stelle bürgerliche Schöffen genommen hatte. Wohl versuchte der Justizminister, diese Feststellung, die im Ausschuß bei der Beratung des sozialdemokratischen Amnestieantrages von Dr. Bauer mitgeteilt wurde, durch allerlei Ausreden zu bemänteln, aber da er die Tatsache selbst nicht bestreiten konnte, war die Justiz des „Juli-Senats“ vor der Oeffentlichkeit schon einigermaßen kompromittiert und man nahm die Behauptungen von dem angeblich vorbereiteten Putsch mit einiger Skepsis auf.

Nun rückte die Staatsanwalschaft mit schwererem Geschütz auf. Es kamen die Prozesse vor dem Schwurgericht, bei denen schon die Anklage wegen Verbrechens des Aufstandes andeuteten, daß man nun den Putschplan zu beweisen vorhabe. Kamen nun etwa russische Emissäre oder sozialdemokratische Putschisten, die einen Umsturz der Rechtsordnung vorbereitet hatten, vor die Schranken des Gerichtes? Nichts weniger als das; die Leute, die nun wegen Verbrechens des Aufstandes vor die Geschworenen gestellt wurden, waren überhaupt keine politisch irgendwie hervorragenden Personen, sondern meist politisch wenig interessierte oder gar indifferente Arbeiter, die in der Leidenschaft der Erregung über die Hinmordung der friedlichen Demonstranten einer Gruppe zugerufen hatten: „Los gegen die Arbeitermörder!“ oder dergleichen. Und deshalb hatte man sie wegen Verbrechens des Aufstandes, auf das eine Kerkerstrafe von fünf Jahren angedroht ist, angeklagt. Welche Hoffnungen die Regierung auf diese Aufstandsprozesse gesetzt hatte, geht daraus hervor, daß der Justizminister, der Großdeutsche Dr. Dinghofer, gerade die bevorstehenden Aufstandsprozesse als Argument gegen die Amnestie angeführt hatte, da „dann den Beschuldigten, die sich schweren Straftaten schuldig gemacht haben, sogar die Unannehmlichkeit einer Verhandlung und der Makel einer Verurteilung erspart würden“, — unter welchen schweren Straftaten er ganz besonders das Verbrechen des Aufstandes nannte.

Aber die Geschworenen sahen die Angeklagten und sie fanden, daß man nicht einen Aufstand konstruieren könne, indem man willkürlich aus einer durch Gewehrsalven und den Anblick von Blut aufgerührten Menge ein paar Leute herausgreift, und vielleicht fanden sie auch, daß, wenn man die mordenden Polizisten nicht angeklagt, wenn man die hakenkreuzlerischen Arbeitermörder freisprach, man nicht die Arbeiter, die in der Erregung ein paar unkluge Reden gehalten hatten, als Verbrecher verurteilen könne. Und so haben sie bisher in vier Prozessen die des Aufstands Angeklagten freigesprochen, einstimmig oder nahezu einstimmig freigesprochen. Ein Beweis, wie weit bis ins Bürgertum hinein die Erregung über die frivolen Anklagen der Regierung und über die Härte und Mitleidslosigkeit des geistlichen Bundeskanzlers geht.

G. P.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Sonnabend. 15 und 16.40: Wie vor. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtskunde. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzert.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 17. Dez. 1927: 15.45—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—18: Uebertragung aus Gleiwitz: Weihnachtslieder. — 18: Abt. Medizin. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterberchit, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Musik. — 19.30 bis 20: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.10: Grooischofterschi Feieroobend. Anschließend: Die Abendberichte, „Die Bedeutung des Kleinautos für den Geschäftsmann und Gewerbetreibenden" und bis 24: Tnzmusik der Funkkapelle, Leitung: Ernst Prade.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 12. Wie vor. 16: Vorträge. 17.45: Jugendstunde. 19: Verschiedenes. 20: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Sonnabend. 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17.50: Terramare-Abend. 18.50: Wochenbericht für Fremdenverkehr. 19.25: Herbstausstellung im Künstlerhaus. 20.15: Volksliederabend.

Rom — Welle 450.

Sonnabend. 17.30: Vokal- und Instrumentalkonzert. 20.40: Vortrag von Prof. Tombolini. 21: Uebertragung aus einem Theater. In Pausen: Letzte Mitteilungen. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Zalenze. Am 16. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Saale bei Golczyk ein Vortrag des Gen. Dr. Bloch statt, über: „Unsere Weltanschauung einst und jetzt".

Zawodzie. Am Sonntag, den 18. d. Mts., hielt die Ortsgruppe ihre Weihnachtsfeier um 6 Uhr abends im Struzynaschen Lokale (Cygan) unter Mitwirkung der „Freien Sänger" und der „Arbeiterjugend" ab. Vorher Referat des Genossen Redakteur Helmrich. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder.

Kostuchna. Am Sonntag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Lokal des Herrn Weiß der letzte Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung in diesem Jahre statt. Es spricht Genosse Kubitzek über die Lungentuberkulose.

Versammlungskalender

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 18. 12. 1927, vorm. 10 Uhr, im Central-Hotel Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Zawodzie. Bergarbeiter und D. S. A. P. Am Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9½ Uhr, findet im Struzyna'schen Lokal in Zawodzie, ul. Krakowska, eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. statt. Referent Sejmabgeordneter Gen. Kowoll! Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Domb-Josefsdorf. Generalversammlung der Bergarbeiter. Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9½ Uhr, findet in Agneshütte die diesjährige Generalversammlung der Bergarbeiter statt. Da als wichtiger Punkt die Vorstandswahl getätigt werden muß, ist es Ehrenpflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.

Bismarckhütte. Bergarbeiter. Sonntag, den 18. d. Mts., findet die fällige Generalversammlung der Zahlstelle Bismarckhütte des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt und zwar im bisherigen Lokale. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten. Ref.: Kam. Nietsch.

Königshütte. Freie Bildungsgemeinschaft. Am Sonnabend, den 17. Dezember d. Js., findet die Sitzung wieder zur gewohnten Zeit statt. Es erscheint diesmal als Referent Genosse Kowoll, weshalb um restlose Beteiligung ersucht wird.

Königshütte. (Freidenker.) Sonntag, den 18. Dezember 1927, vorm. 9½ Uhr, findet eine Generalversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Friedenshütte. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 18. d. Mts., vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Smiatek eine Mitgliederversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.

Schlesiengrube. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 18. Dezember 1927, vormittags 10 Uhr, findet bei Scheliga eine Generalversammlung der Zahlstelle Schlesiengrube des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Die Kameraden werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Ref. Smolka.

Nikolai. Metallarbeiter. Am Sonnabend, den 17 Dezember, um 7 Uhr abends, findet die fällige Mitgliederversammlung statt. Es wird dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referent zur Stelle. Vereinslokal: Ciossek, Ring.

Nikolai. D. S. A. P. und Bergarbeiter. Am 18. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, findet die Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes sowie auch die fällige Monatsversammlung der D. S. A. P. im Lokal des Herrn Ciossek statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Ober-Lazisk. Bergarbeiter. Die fällige Generalversammlung der Zahlstelle Ober-Lazisk des Deutschen Bergarbeiterverbandes findet am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr statt, zu welcher die Kameraden vollzählig zu erscheinen haben. Ref.: Ritzmann.

Vermischte Nachrichten

Oel im Schlamme des Ozeans.

Der Gedanke, daß die Oelgewinnung der Welt aus der Durchforschung des Meeresgrundes Nutzen ziehen und gesteigert werden könnte, mag auf den ersten Blick absurd erscheinen. Gleichwohl aber hat Dr. Parker G. Trask vom Amerikanischen Institut der Petroleumforschung nach dieser Richtung praktische Vorschläge gemacht, die sich auf seine Untersuchungen des Grundes des Stillen Ozeans an der kalifornischen Küste beziehen. Auf dem Wege der Destillation hat Trask feststellen können, daß Oel in wechselnden Mengen aus den Ablagerungen gewonnen werden konnte, die er aus einer Tiefe von mehreren Fuß unter dem Ozeanschlamm zutage förderte. Der Zweck der Forschungen der amerikanischen Gelehrten, deren Arbeiten bezeichnenderweise von dem Petroleummagnaten John D. Rockefeller gefördert werden, läuft ersichtlich aber nicht darauf hinaus, den Meeresschlamm zur Oelgewinnung industriell auszunützen. Ihre Studien zielen vielmehr darauf ab, die Bedingungen festzustellen, unter denen die Lagerbildung in den Quellschichten des Petroleums vor sich geht. Von den meisten Quellschichten der gegenwärtigen Petroleumfelder weiß man ja, daß sie ursprünglich maritimer Natur sind. Man hofft auf dem Wege der Durchforschung des Meeresschlammes Aufklärung zu erhalten, die dem Geologen bei der Auffindung neuer petroleumhaltiger Zonen wertvolle Dienste zu leisten vermöchten.

Ausgebaggerte Goldmünzen.

Man schreibt aus Rom: Bei den Baggerarbeiten im Hafen von Ancona trat jüngst eine Störung ein, indem ein großes Metallstück den Ablauf aufhielt. Man nahm das zum Anlaß, um das auf dem Ponton aufgeschüttete Material zu durchsuchen und — siehe da! — es kamen einige goldene Münzen zum Vorschein. Weitere Nachforschungen förderten einen wahren numismatischen Schatz zutage. Zwar hüllen sich die Behörden, die die Sache in die Hand genommen haben, noch in undurchdringliches Schweigen, bis die Nachforschungen beendet und die Münzen katagolisiert sein werden. Wenn man aber den Zeitungen und ihren Indiskretionen glauben darf, so handelt es sich um nicht weniger als fünfhundert, meist goldene Münzen aus der Zeit von 1500 bis 1730. Darunter sollen namentlich zahlreiche Münzen deutscher Reichsstädte sein, wie Frankfurt, Nürnberg und Hamburg. Ueber den Ursprung des geheimnisvollen Schatzes gehen die Meinungen auseinander. Während die einen glauben, daß es sich um die Folgen eines Schiffsbruches einer wertvollen Ladung handelt, glauben andere, daß der Schatz von der vom Meere an dieser Stelle verschlungenen Kirche Santa Lucia stammt. Nun wird das ganze an dieser Stelle ausgebaggerte Material nachträglich sorglich gesiebt, und außerdem soll durch Taucher der Meeresgrund hier abgesucht werden.

Landwirtschaft der Zukunft.

Der englische Fachlehrer für Landwirtschaft, Berlase Matthews, der selbst ein kleines Mustergut bewirtschaftet, faßte dieser Tage in einem Vortrag in Sussex auf Grund seiner eigenen Erfahrungen seine Ansichten über die technische Entwicklung der Landwirtschaft in der nächsten Zukunft folgendermaßen zusammen: Das Heu, das morgens als Gras von der Wiese eingebracht wird, wird noch am Abend des gleichen Tages ohne Sonnenschein durch elektrische Trocknung fertig. Die Bienen produzieren in künstlichem Licht, unterstützt durch künstlichen Pollen, das ganze Jahr hindurch Honig. 17½ Pfund pro Stock mehr als jetzt. Die Hennen werden vier Stunden täglich länger fressen und Eier legen. Die Kühe werden elektrisch gemolken, und die unangenehme Aufgabe der Jaucheverteilung wird ebenfalls elektrisch durchgeführt.